Kompass für die Schweiz

Resultate und Interpretationen
zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2022

01
Vorwort von André Helfenstein

02
Einleitung von Manuel Rybach

04
Sorgen: Grosse Rochade bei den Sorgen

10
Europa: Europa rückt zusammen

16
Neue Lage: Suche nach einer neuen Strategie

20
«Die Abhängigkeit hat uns verletzlich gemacht.»
Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Sorgenbarometer-Gespräch mit Manuel Rybach

24
So meistern wir die Klima- und Energiekrise
von Jürg Grossen

27
Dem Generationenvertrag droht die Kündigung
von Camille Lothe

29
Engagierte Energie- und Klimapolitik
von Susanne Vincenz-Stauffacher

32
Warum die Schweiz wenig anfällig für Inflation ist
von Claude Maurer

34
Politik muss den Menschen dienen
von Martin Landolt

36
Jugendbarometer: Mythos Meritokratie?

Cover: Viaframe / Getty Images
Illustrationen: Alexandra Compain-Tissier

Orientierung in herausfordernden Zeiten

Liebe Leserin, lieber Leser
Nachdem die Covid-19-Pandemie unser Leben die letzten zwei Jahre auf den Kopf gestellt hat, kommen mit dem Krieg in der Ukraine, den drastisch gestiegenen Energiepreisen sowie der anziehenden Inflation bereits die nächsten Krisen auf uns zu. Darüber hinaus hat die Welt eine weitere und sehr komplexe Aufgabe zu lösen: die Erderwärmung zu bremsen.

Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese hohe Kadenz an Krisen auf das Wohlbefinden und die Sorgen der Schweizer Bevölkerung hat. Das Credit Suisse Sorgenbarometer, welches wir seit 1976 erheben, ist zu einem einzigartigen Spiegel der Befindlichkeit des Landes geworden, welcher in der Lage ist, die aktuelle Stimmungslage einzufangen sowie auch langfristige Trends aufzuzeigen.

Der Politik und der Wirtschaft, welche in schwierigen Zeiten besonders gefordert sind, zeigt das Sorgenbarometer, wo die Bevölkerung effektive Massnahmen erwartet.

Die Resultate der diesjährigen Befragung werden im «Kompass für die Schweiz» eingeordnet, und Bundesrätin Simonetta Sommaruga sowie verschiedene Gastautorinnen und Gastautoren geben ihre Einschätzung zum Umgang mit zentralen Herausforderungen. Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2023 werden die diesjährigen Resultate von besonderer Bedeutung sein, da sie bereits mögliche Wahlthemen aufzeigen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und kurzweilige Lektüre.

ANDRÉ HELFENSTEIN
CEO Credit Suisse (Schweiz) AG

Am Puls der Schweizer Bevölkerung

EINLEITUNG ___ Es gibt Jahre, in denen die Hauptsorgen nur wenig Überraschungspotenzial aufweisen. 2022 hingegen ist die Palette sehr breit. Welches sind denn nun die Top-3-Sorgen? Für Spannung ist gesorgt.

Von Manuel Rybach

Selten waren wir so gespannt auf die Resultate der Sorgenbarometerumfrage wie dieses Jahr. Hätte man doch gleich mehrere «Spitzenreiter» erwarten können: Die Covid-19-Pandemie ist noch nicht ausgestanden, ein Krieg wütet in der Ukraine, eine Energiekrise und Stromausfälle drohen, die steigende Inflation ist in aller Munde, die Altersvorsorge ist langfristig noch immer nicht gesichert, und natürlich müsste der Klimawandel nach einem weiteren Rekordsommer hoch oben auf der Rangliste figurieren. So interessant war die Ausgangslage vor der Befragung in der langen Geschichte unseres Sorgenbarometers (leider) wohl noch selten.

Nun möchten wir Ihnen die drei grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung in diesem Jahr nicht länger vorenthalten: Klimawandel, Altersvorsorge und Energie. Damit hat auch die Frage, ob der Schweiz ein Kältewinter bevorsteht, neu das Thema Covid-19-Pandemie in den Top-3-Sorgen abgelöst.

Der diesjährige «Kompass für die Schweiz» wird neben dem traditionellen Teil, welcher die Sorgenlandschaft der Schweiz aufzeigt, drei Themen genauer beleuchten. Der erste Beitrag befasst sich mit dem Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU und zeigt auf, wen die Schweizer Bevölkerung nach den ergebnislos beendeten Verhandlungen zum Rahmenabkommen bei der Lösungsfindung in der Pflicht sieht. In einem weiteren Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie die Schweizerinnen und Schweizer mit der zunehmenden Unsicherheit auf internationaler Ebene umgehen und wie sich dies auf das Vertrauen in die einzelnen Akteure auswirkt. Der letzte Artikel befasst sich mit unseren jüngeren Bürgerinnen und Bürgern und untersucht, ob das Leistungsprinzip – die Meritokratie – bei Jugendlichen immer noch «en vogue» ist oder ob es sich in deren Augen nur noch um einen Mythos handelt.

Mit der vorliegenden Publikation möchten wir einen aktiven Beitrag zur politischen Meinungsbildung in unserem Heimmarkt leisten. In diesem Sinne ordnen wir die Resultate des Sorgenbarometers mithilfe von Stimmen aus Politik und Wirtschaft ein. So hatten wir die Gelegenheit, Bundesrätin Simonetta Sommaruga in einem Interview zu den aktuellen Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer zu befragen. Wir wollten u. a. von ihr wissen, wie sie als Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die Energieversorgung sicherstellen will, wie sich die Schweiz für künftige Herausforderungen richtig wappnen soll und wie sie persönlich mit Sorgen umgeht.

In fünf Gastbeiträgen werden ausgewählte Sorgen der Schweizer Bevölkerung genauer betrachtet und eingeordnet: Der Berner Nationalrat und GLP-Präsident Jürg Grossen erklärt in seinem Beitrag, mit welchen Schritten die Schweiz die Energiewende und Klimaneutralität erreichen kann. Camille Lothe, Präsidentin der SVP Stadt Zürich, zeigt in ihrem Artikel Lösungen auf, welche die Altersvorsorge langfristig reformieren und damit auch den Generationenvertrag erhalten können. Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP / SG) macht Vorschläge, wie die Schweiz mit einer mehrheitsfähigen Energiepolitik einer drohenden Strommangellage entgegenwirken kann. Credit Suisse-Ökonom Claude Maurer befasst sich mit der Inflation, welche aktuell so hoch ist wie seit den frühen 1990er-Jahren nicht mehr, und erklärt, welche Faktoren sie antreiben. Nationalrat Martin Landolt (Die Mitte / GL) beleuchtet in seinem Beitrag das Schweizer Gesundheitssystem und legt dar, welche Kosten gerechtfertigt und welche vermeidbar sind.

Das Sorgenbarometer der Credit Suisse bietet zusammen mit dem Jugendbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung. Es freut uns, unsere Erkenntnisse mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zu teilen und eine anregende öffentliche Diskussion anzustossen.

DR. MANUEL RYBACH
ist Managing Director und Global Head of Public Policy and Regulatory Foresight der Credit Suisse. Er hat an der Universität St. Gallen (HSG) in Staatswissenschaften promoviert, wo er auch als Lehrbeauftragter tätig ist.

1 Top 20

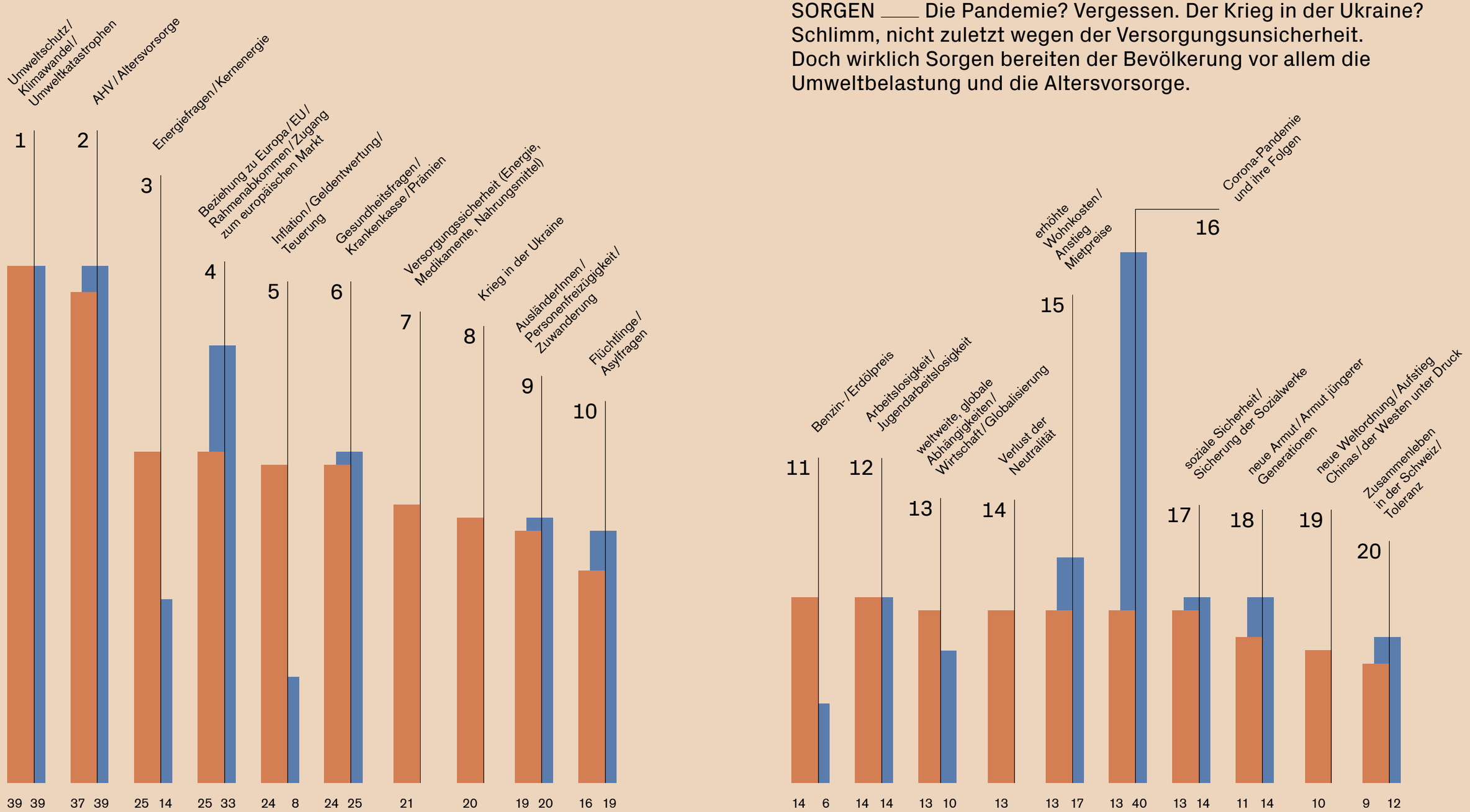
SORGEN «Welche fünf dieser Probleme sind aus Ihrer Sicht für die Schweiz die wichtigsten?»

[in % gerundet]

2022 2021

Grosse Rochade bei den Sorgen

SORGEN ___ Die Pandemie? Vergessen. Der Krieg in der Ukraine? Schlimm, nicht zuletzt wegen der Versorgungsunsicherheit. Doch wirklich Sorgen bereiten der Bevölkerung vor allem die Umweltbelastung und die Altersvorsorge.



Beim Sorgenbarometer interessiert zum einen, welche Sorgen die vordersten Plätze belegen **[vgl. Grafik●1]**, zum anderen, welche viel diskutierten Hauptprobleme vom Sorgenradar der Bevölkerung kaum erfasst werden. Da ist zuallererst die Covid-19-Pandemie zu nennen, klarer Spitzenreiter in den Jahren 2020 (51 %) und 2021 (40 %). Sie ist offensichtlich zu einem Alltagsproblem (13 %) geworden. Die Bevölkerung hat mit der Pandemie leben gelernt. Das ist erfreulich und spricht in einem schwierigen und emotional aufgeladenen Umfeld von einem alles in allem richtigen Verhalten von Politik, Gesundheitswesen, Wirtschaft und Medien. Angesichts von mittlerweile mehreren Millionen Opfern weltweit sollte allerdings keine Sorglosigkeit um sich greifen.

2020 hat das Sorgenbarometer nach den mutmasslichen pandemiebedingten Veränderungen bis 2023 gefragt: 76 Prozent gingen damals von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Dazu passt, dass die Arbeitslosigkeit 2020 mit 31 Prozent wieder auf den dritten Platz kletterte, nachdem sie – mit Höchstwerten von 89 Prozent (1993) und 76 Prozent (2010) die «Hauptsorge aller Zeiten» – zwischenzeitlich recht weit zurückgegangen war. Die Befürchtungen können bis jetzt aber abgewendet werden. Dieses Jahr wird die Arbeitslosigkeit wie im Vorjahr nur von 14 Prozent der Bevölkerung genannt.

Ukraine-Krieg wirkt sich aus

Wie aber widerspiegelt sich der am 24. Februar gestartete Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Sorgenbarometer? Direkt als Sorge bezeichnet wird dieser Krieg von 20 Prozent der Bevölkerung. Doch mindestens drei weitere Spitzensorgen lassen sich in einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg bringen. Erstmals genannt wird von 21 Prozent die Versorgungsunsicherheit in Bezug auf Energie, Medikamente und Nahrungsmittel. Massiv angestiegen sind passenderweise auch die Sorgen über Energiefragen generell (Energiefragen / Kernenergie) mit 25 Prozent (+11 Prozentpunkte, pp). Während es bei der ersten Sorge primär um die Sicherstellung der Versorgung in unsicheren Zeiten und im Winter geht, dürfte die Sorge über Energiefragen die Energiezukunft generell betreffen – also die Frage, wie die Energiestrategie der Schweiz in den kommenden Jahren aussieht und wo Kompromisse im Bereich Umwelt, Landschaftsschutz oder auch bei Technologien wie der Kernkraft dafür in Kauf genommen werden müssen. Ebenfalls klar angestiegen sind die Sorgen um Teuerung und Inflation mit 24 Prozent (+16 pp) sowie um den Benzin- und Erdölpreis mit 14 Prozent (+8 pp). Die Gefährdung beziehungsweise die Notwendigkeit einer Neudefinition der Neutralität wird von 13 Prozent als Problem wahrgenommen.

Spitzenreiter Umwelt und Altersvorsorge

Zuoberst auf dem Sorgenbarometer findet man die Belastung der Umwelt (Klimawandel, Umweltkatastrophen, Umweltschutz). Diese Sorge wird wie im Vorjahr von 39 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer geteilt. Das ist der höchste Wert seit 1995 und ein markanter Anstieg seit 2006 (+22 pp), doch bis zu den Rekordwerten der Jahre 1988 bis 1991 (61 bis 74 %) ist es immer noch sehr weit. →

Foto: Sally Montana / 13 Photo

Klimawandel als globales wie auch nationales Problem: In der Arktis schmelzen die Eisberge, bei uns die Gletscher.

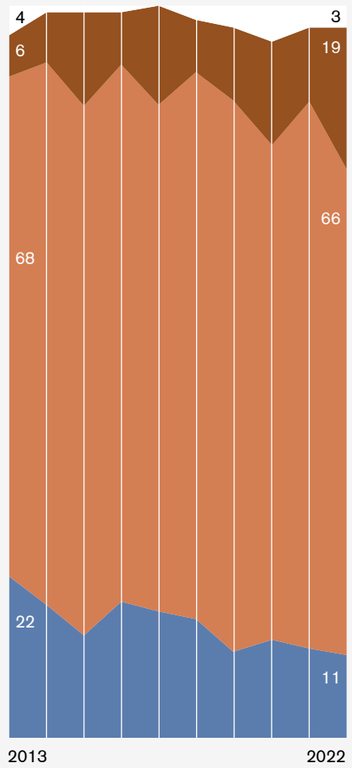
25 %

sorgen sich aktuell um Energiefragen.

2 Individueller wirtschaftlicher Ausblick

VERHALTENE ANTWORTEN Die Frage lautete: «Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?»

[in %]



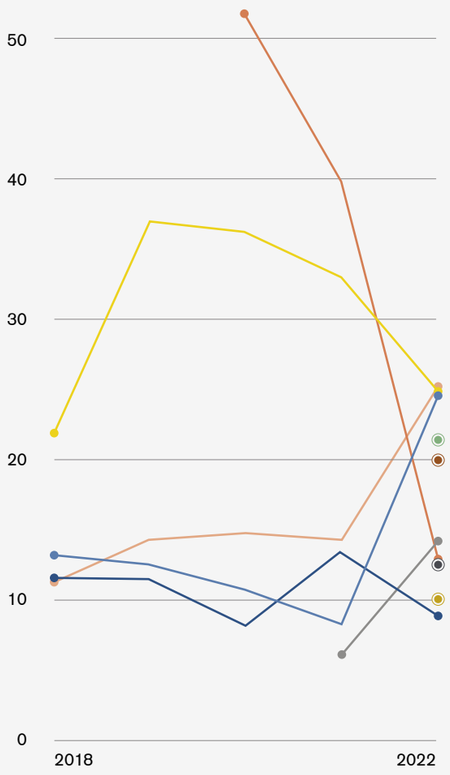
3 Die 10 grössten Veränderungen

SORGENWANDEL «Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.»

[in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen]

● Corona-Pandemie ● Energiefragen / Kernenergie ● Beziehung zur EU / Rahmenabkommen / Zugang zum europäischen Markt ● Inflation / Geldentwertung / Teuerung ● Benzin- / Erdölpreis ● Gleichstellung Mann und Frau

Neu in 2022
● Versorgungssicherheit (Energie, Medikamente, Nahrungsmittel) ● Krieg in der Ukraine ● neue Weltordnung, Aufstieg Chinas, der Westen unter Druck ● Verlust der Neutralität



Die Abstimmung über die AHV-Revision vom 25. September – die Sorgenbarometerumfrage hat vorher stattgefunden – zeitigt keine besonderen Auswirkungen auf das Sorgenphänomen Altersvorsorge. Sie wird von 37 Prozent (–2 pp) genannt. Dies überrascht nicht, weil die Altersvorsorge sich seit 1993 stets in den (negativen) Spitzenpositionen befindet, mit Werten zwischen 27 Prozent (2007) und 59 Prozent (2003). Mit der Erhöhung des Rentenalters der Frauen ist die Finanzierung der AHV kurzfristig gesichert, doch das Problem der Altersvorsorge insgesamt ist nicht abschliessend gelöst. Sie wird somit wohl eine Hauptsorge bleiben.

Das Schweizer Verhältnis zur Europäischen Union, von 25 Prozent (–8 pp) als Problem bezeichnet, wird in einem separaten Artikel thematisiert **[vgl. S. 10 sowie Grafik ● 3]**. Das Gesundheitswesen – wie Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge eine traditionelle Hauptsorge – wird noch von 24 Prozent (–1 pp) genannt, nachdem es 2018 und 2019 hohe 41 Prozent gewesen sind. Der Rückgang ist mit der Stabilisierung der Krankenkassenprämien zu erklären, beim aktuellen Resultat schwingt allerdings mit, dass die deutliche Prämienerhöhung auf 2023 noch nicht kommuniziert gewesen ist. Erst nächstes Jahr wird sich zeigen, ob das kantonal unterschiedlich ausgestaltete Instrument der individuellen Prämienverbilligung die gewünschte Wirkung zeigt.

Die Zuwanderung in die Schweiz wird von 19 Prozent (–1 pp) als Problem genannt, konkretisiert auf Flüchtlinge und Asylsuchende sind es 16 Prozent (+3 pp). Beides liegt relativ deutlich unter dem langjährigen Trend.

Was belastet Parteiunabhängige?
Betrachtet man die Sorgen, wie sie sich für die einzelnen Parteien und ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten stellen **[vgl. Grafik ● 4]**, so fällt auf, wie gross die Diskrepanz beim Thema Umweltschutz ist – zwischen der Priorisierung durch die Grünen (75 %) und die SVP (18 %) liegt eine Differenz von 57 Prozentpunkten, beim Thema Zuwanderung / Ausländer sind es, wiederum mit den gleichen Parteien, immer noch 30 Prozentpunkte. Danach folgen drei Themen mit über 20 Prozentpunkten Differenz (Inflation, Flüchtlinge, EU), während bei den übrigen Hauptsorgen zumindest Einigkeit darüber herrscht, wie bedrohlich sie für die Schweiz sind.

Mit Blick auf künftige Wahlen mag ein Blick auf die Sorgengewichtung der parteiunabhängigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Interesse sein. Bei ihnen stehen Gesundheitsfragen und Krankenkassenprämien (34 %) zuoberst, gefolgt von der Umwelt (33 %), der Teuerung (32 %), der Altersvorsorge (31 %) sowie, schon mit deutlichem Abstand, von der Versorgungssicherheit und den Wohnkosten (je 21 %). Die anderen Problemkreise spielen eine weniger wichtige Rolle, sind aber doch aussagekräftig, weil sie teilweise vom Sorgenkanon der Parteien abweichen: Energiefragen (17 %), Krieg in der Ukraine und Zuwanderung (je 16 %), Bildungswesen und Zusammenleben in der Schweiz (je 15 %) sowie globale Abhängigkeiten, Erdölpreis und Beziehungen zur EU (je 14 %) und schliesslich auch noch Arbeitslosigkeit, tiefe Löhne und die Flüchtlingsfrage (je 13 %).

Es sieht so aus, als ob sich viele dieser Parteiunabhängigen mit Blick auf die nähere Zukunft Sorgen um ihre finanzielle Situation machen. Die Einschätzung der aktuellen individuellen wirtschaftlichen Lage weist zwar noch keine Abweichungen gegenüber den Vorjahren auf: 65 Prozent (+0) der Bevölkerung bezeichnen sie als gut oder sehr gut, lediglich 6 Prozent (+0) als schlecht. Der Blick auf die kommenden zwölf Monate zeigt aber ein deutlich anderes Bild **[vgl. Grafik ● 2]**. Zwar glauben elf Prozent (–1 pp) an eine Verbesserung ihrer Situation, doch nicht weniger als 19 Prozent (+9 pp) befürchten eine Verschlechterung. So viele sind es in den 27 Jahren, in denen diese Frage erhoben wird, noch nie gewesen. Dementsprechend ist die grosse Mehrheit jener, die ihre Situation als gleichbleibend einstufen, mit 66 Prozent (–9 pp) auf ein bisheriges Minimum zusammengeschmolzen.

Neue Armut verhindern
Aus Sicht der parteiunabhängigen Stimmbürgerschaft kommt eine «neue» Herausforderung auf die Gesellschaft zu: Es gilt, der verstärkt drohenden neuen Armut entgegenzuwirken. Für 17 Prozent der Parteiunabhängigen ist die neue Armut eines der Hauptprobleme – bei den Parteien hingegen ist sie gemäss Sorgenbarometer kaum auf dem Radar. In der Mitte sind es 5 Prozent, bei FDP und GLP 8 Prozent, bei der SVP 9 Prozent, und selbst bei SP (11 %) und GPS (13 %) sind es eher wenige Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten, welche dieses Phänomen als problematisch gewichten.

Vor diesem Hintergrund beruhigt, dass gleichzeitig das Vertrauen in die vier wichtigen Institutionen Polizei, Bundesgericht, Nationalbank und Bundesrat gross und stabil ist. Auf tieferem Niveau gilt das Gleiche, sogar mit einer leicht steigenden Tendenz, auch für die übrigen befragten Institutionen, so etwa Stände- und Nationalrat und politische Parteien. Und auch der Stolz, Schweizerin oder Schweizer zu sein, ist zwar tendenziell leicht abnehmend, mit 77 Prozent (–1 pp) aber nach wie vor sehr hoch. Die Voraussetzungen zur Bekämpfung der neuen Armut und anderer Dauersorgen der Bevölkerung scheinen entsprechend gegeben.

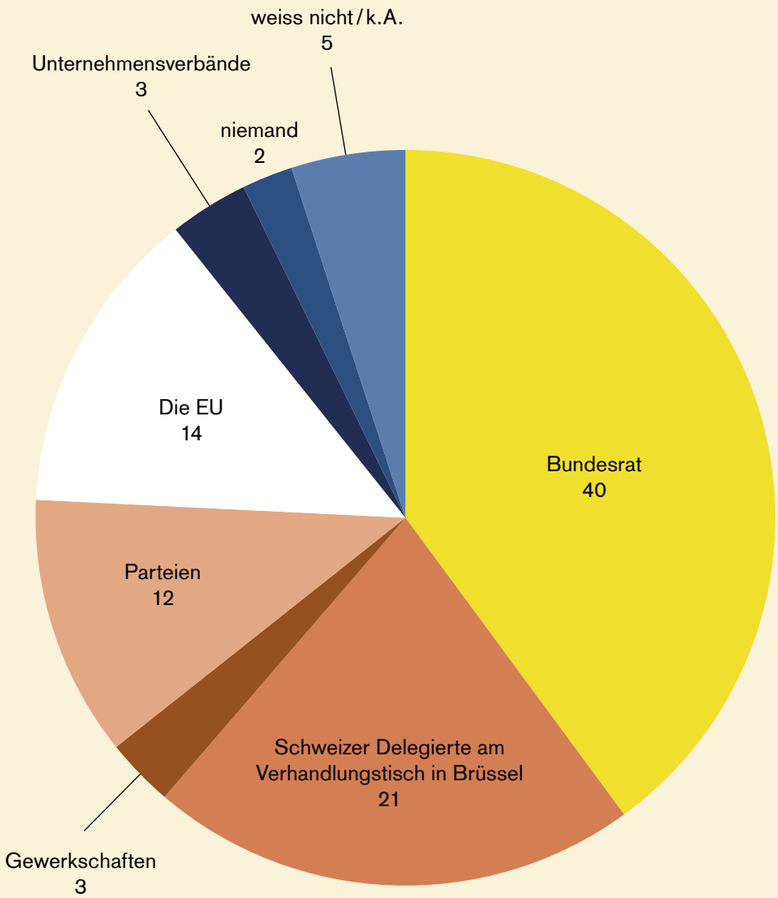
4 Grösste Sorgen nach Parteizugehörigkeit

PRIORITÄTEN Je nach Parteipräferenz werden die Sorgen unterschiedlich gewichtet. Nur die AHV schafft es überall aufs Podest.

	Rang 1	Rang 2	Rang 3
GPS	Umwelt	Energiefragen	AHV
SP	Umwelt	AHV	Europa
GLP	Umwelt	AHV	Europa
Mitte	AHV	Umwelt	Versorgungssicherheit
FDP	AHV	Europa	Energiefragen
SVP	AHV	Inflation	Ausländer

■ Umweltschutz / Klimawandel ■ Energiefragen / Kernenergie ■ AHV / Altersvorsorge ■ Versorgungssicherheit (Energie, Medikamente, Nahrungsmittel) ■ Inflation / Geldentwertung / Teuerung ■ AusländerInnen / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung ■ Beziehung zu Europa, EU

Europa rückt zusammen



1 Verantwortung für neue Lösung mit der EU

DER BUNDESRAT ist nach Ansicht von 40 Prozent der Befragten in der Pflicht, die notwendigen Schritte zu machen. Die Frage lautet: «Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens braucht es jetzt einen neuen Weg im Austausch mit der EU. Wer ist Ihrer Meinung nach in der grössten Verantwortung, zu einer neuen Lösung beizutragen?»

[n % Stimmberechtigte]

EUROPA ___ Zwei Jahre Pandemie und mehr als ein halbes Jahr Angriffskrieg auf die Ukraine haben Europa und die Sicht der Schweiz auf Europa verändert. Die Schweizerinnen und Schweizer machen einen weiteren – allerdings kleinen – Schritt auf die EU zu.

32 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind der Ansicht, dass die Ereignisse der letzten zwölf Monate die Europäische Union gestärkt haben. Das scheint auf den ersten Blick nicht besonders viel zu sein, zumal wenn man bedenkt, dass satte 57 Prozent von einer Schwächung ausgehen. Doch der Trend besagt etwas anderes: Heute kommen dreimal mehr Leute zu diesem positiven Urteil als noch 2019 (10 %).

Das rührt daher, dass 52 Prozent erkennen und anerkennen, der Krieg in der Ukraine habe Europa zusammengeschweisst, und die Konsensfindung bei den Hilfeleistungen und den Wirtschaftssanktionen zeuge, so schwierig sie auch war, von einer zuvor nicht so recht verspürten Grundsolidarität. Gleichzeitig ist der Graben, welcher durch die Pandemie entstanden ist, deutlich weniger ausgeprägt als 2021. Allerdings erkennen immer noch 63 Prozent (–7 pp) ein coronabedingtes Auseinanderdriften Europas.

Leicht gestiegenes Vertrauen

Diese Einschätzung «besser, aber noch nicht gut» zieht sich mit Blick auf Europa durch die gesamte Sorgenbarometerumfrage. So ist das Vertrauen in die EU seit 2019 kontinuierlich gestiegen, aber auf tiefem Niveau von 14 auf 22 Prozent. Das ist wenig im Vergleich zu Bundesrat, Polizei und Bundesgericht, denen rund zwei Drittel der Bevölkerung vertrauen; einzig die politischen Parteien und die Kirchen weisen ähnlich ernüchternde Vertrauenswerte auf.

Die Selbsteinschätzung des eigenen Landes im internationalen Vergleich weist nach wie vor hohe Werte auf, doch Pandemie und Krieg haben die Verletzlichkeit der Schweiz aufgezeigt. Für 92 Prozent (–3 pp) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen eher / sehr gut da, das ist ein hervorragender Wert, und doch war er seit 2012 nur ein einziges Mal tiefer, nämlich im Jahr 2017 (89 %).

Ähnliches gilt für das Image, welches die Schweiz im Ausland geniesst. In den Augen von 82 Prozent (–5 pp) ist es eher / sehr gut, doch auch hier gilt: Nur einmal seit zehn Jahren war es tiefer (2015 mit 73 %). Noch deutlicher wird die veränderte Selbsteinschätzung, wenn man wissen möchte, wie sich das Ansehen in den letzten 12 Monaten verändert habe. 21 Prozent (–15 pp) sprechen von einer Verbesserung, 33 Prozent (+6 pp) erkennen eine Verschlechterung. →

33 %

gehen davon aus, dass sich das Image der Schweiz im Ausland verschlechtert hat.

Foto: Claudio Bader / 13 Photo

76 %

der stimmberechtigten Bevölkerung erachten stabile Beziehungen mit der EU als wichtig.

Grenzen und Grenzsteine – hier einer aus dem Ersten Weltkrieg – haben zwischen der Schweiz und der EU an Bedeutung verloren, Hindernisse bestehen aber weiterhin.

Sind das Nachwehen der Aufkündigung der Verhandlungen rund um das Rahmenabkommen im Mai 2021? Wie wird dieser politische Akt mit etwas Abstand beurteilt? 49 Prozent (–2 pp) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stufen den Entscheid als eher / sehr richtig ein, vom Gegenteil sind 42 Prozent (+2 pp) überzeugt. Hier hat sich also keine signifikante Veränderung ergeben.

Hoffnung auf neues Rahmenabkommen
Von sieben zur Auswahl stehenden Möglichkeiten, wie das zukünftige Verhältnis zur EU zu regeln sei, wird nach wie vor das Aushandeln eines institutionellen Rahmenabkommens klar favorisiert **[vgl. Grafik ● 3]**. Dahinter folgt, und das ist eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr, der Beitritt zum EWR, der nun als besserer Weg als das Einfrieren der Bilateralen Verträge ohne Weiterentwicklung erachtet wird. Auch das Aufkünden der Personenfreizügigkeitsabkommen gehört noch zu dieser denkbaren Lösungsgruppe, während man sich vom Verzicht auf die Bilateralen Verträge oder überhaupt auf besondere Beziehungen zur EU genauso wenig verspricht wie von einem EU-Beitritt.

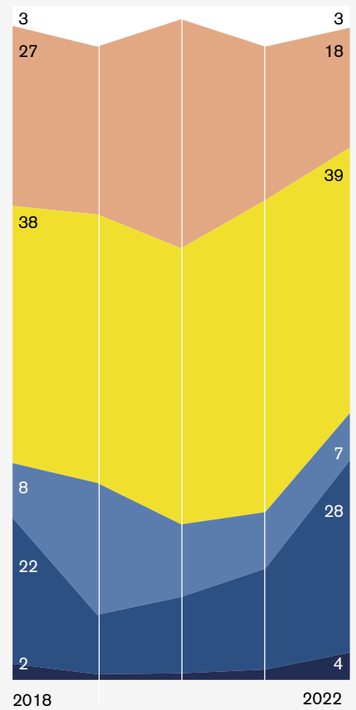
Folgerichtig müssen die Gespräche über ein institutionelles Rahmenabkommen weitergeführt werden, denn 76 Prozent (unverändert) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erachten stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU als wichtig. Konkret auf die Bilateralen Verträge bezogen, kommt der gleiche Wert von 76 Prozent (+1 pp) zustande.

Bei einer Skala von 1 bis 10 ergibt die Auswertung des Sorgenbarometers einen Mittelwert von 6,4 in Bezug auf die Bedeutung eines Durchbruchs in den Verhandlungen mit der EU und von 5,0, was die Zuversicht anbelangt, es komme zu einer befriedigenden Einigung. Dabei ist vor allem der Bundesrat gefordert. 40 Prozent sehen die Landesregierung in der Verantwortung und 21 Prozent die Schweizer Delegierten in Brüssel **[vgl. Grafik ● 1]**. →

2 EU durch Krisen (eher) gestärkt

ZUSAMMENGERÜCKT «Denken Sie an die Ereignisse der letzten 12 Monate. Wurde die EU in diesen 12 Monaten Ihrer Ansicht nach eindeutig gestärkt, eher gestärkt, eher geschwächt oder eindeutig geschwächt?»

[in % Stimmberechtigte]



Nur 14 Prozent taxieren dagegen primär die EU als verantwortlich. Zusammengezählt ist somit eine klare Mehrheit von 61 Prozent der Stimmberechtigten der Meinung, der Ball zur Weiterentwicklung der Beziehungen mit der EU liege nun in erster Linie bei der Schweizer Exekutive. Diese Einschätzung besteht so durch alle Parteilager hindurch. Zwar sehen die Sympathisanten und Mitglieder bürgerlicher Parteien (SVP 25 %, FDP 17 %) am ehesten noch eine Verantwortung bei der EU, aber auch sie nehmen vor allem den Bundesrat in die Pflicht (SVP 37 %, FDP 38 %), wenn auch nicht so ausgeprägt wie die Grünen (50 %) beziehungsweise SP, GLP und auch die parteiunabhängigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (je 44 %).

71 %

der Schweizerinnen und Schweizer betrachten die Schweizer Politik im Ausland als defensiv.

Diese Werte korrespondieren mit der Einstufung des Verhaltens der Schweizer Politik im Ausland als eher / sehr defensiv. Dieses Jahr sind es satte 71 Prozent (+5 pp) – so viele wie noch nie. Dementsprechend wenige Schweizer, nämlich 20 Prozent (–5 pp), erkennen ein offensives Vorgehen. Möglicherweise ist eine schnelle Verhandlungsoffensive mit Alternativvorschlägen erwartet worden. Folgerichtig fordern nicht weniger als 76 Prozent (+1 pp) ein aktiveres Vorgehen, während lediglich 16 Prozent (+2 pp) zur Zurückhaltung mahnen.

Abkehr von einer Nischenpolitik
54 Prozent (+4 pp) sind der Ansicht, die Schweiz könne einen erschwerten Zugang zum EU-Markt mit verstärkten Handelsbeziehungen mit Drittstaaten wettmachen, 37 Prozent (–5 pp) sehen das anders. Gleichzeitig sprechen sich nur 36 Prozent (–9 pp) für eine eigenständige Nischenpolitik aus – 2020 waren es noch 53 Prozent gewesen. Die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 52 Prozent (+11 pp), verspricht sich durch eine stärkere Anlehnung an eine geeinte EU-Position verbesserte Verhandlungspositionen in Wirtschaftsfragen **[vgl. Grafik ● 2, S. 18]**.

Foto: Christian Aeberhard / 13 Photo

Das Dreiländereck in Basel steht für die guten Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachbarländern und der EU. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen eine strikte eigenständige Nischenpolitik und plädiert stattdessen für eine Anlehnung an die geeinte EU-Position.

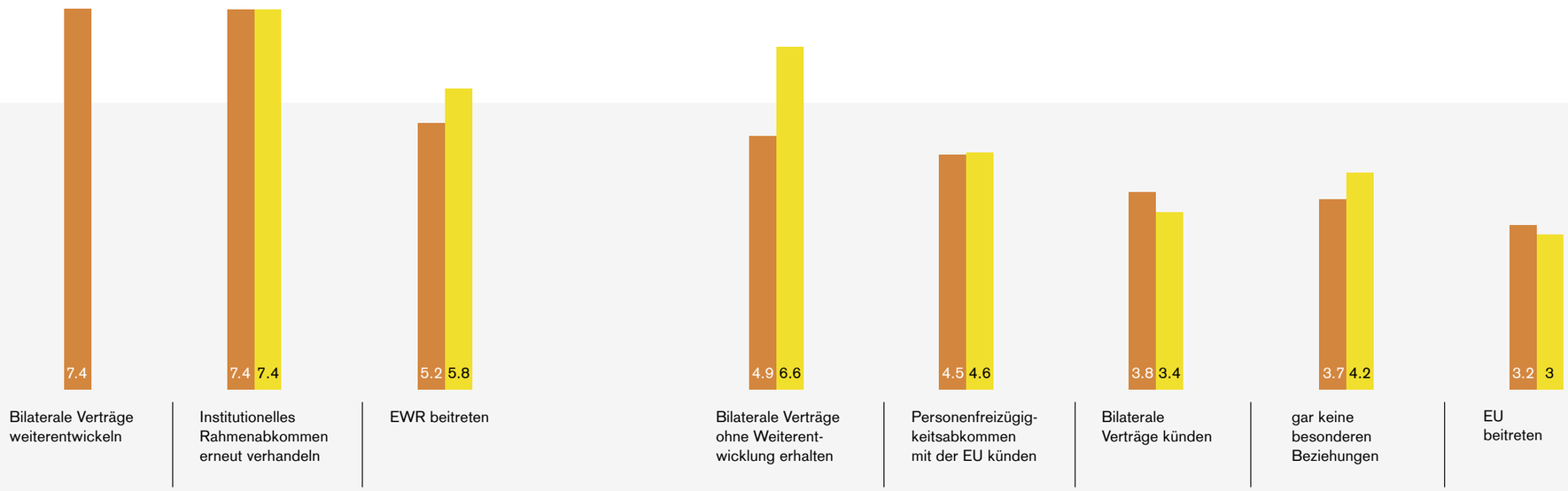
3 Zukünftiges Verhältnis zwischen Schweiz und EU

WEITERENTWICKLUNG «Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Bitte bringen Sie die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Ausgestaltung in eine Rangfolge entsprechend Ihrer persönlichen Präferenzen.»

Der Wert 10 respräsentiert das bevorzugte Verhältnis am besten, der Wert 0 am wenigsten. Die Skalen wurden standardisiert, um die Mittelwerte zwischen den Jahren zu vergleichen.

[in % Stimmberechtigte]

■ 2022 ■ 2021



Suche nach einer neuen Strategie

NEUE LAGE ___ Der Krieg gegen die Ukraine hat die Karten in vielerlei Hinsicht neu gemischt. Nach dem Ende der Sowjetunion vor 30 Jahren beobachten wir aktuell eine Renaissance des damals vorherrschenden Blockdenkens. Für die Schweiz stellt sich nun die Frage, ob sie Sicherheit innerhalb eines dieser Blöcke sucht oder aber im fluiden Raum dazwischen.

In einer Zeit der wieder zunehmenden Blockbildung in der Welt gilt es für die Schweiz, sich vertieft Gedanken über die beste Sicherheitsstrategie zu machen.

Foto: Herbert Zimmermann / 13 Photo

Die Geschichte wird anhand von Krisen geschrieben. Das zeigt der Blick zurück und das zeigt im Moment auch der Blick in die Zukunft. Die modernen Zäsuren unseres Lebens waren das Ende des kalten Krieges, 9/11, die Finanzkrise oder auch Corona. Und nun der Krieg gegen die Ukraine. Wie wird der nächste Winter und wie werden die nächsten 12 Monate? Das sind die Fragen, welche Privatpersonen und Politik in der Schweiz aktuell gleichermassen beschäftigen.

Wirtschaftssorgen werden neu definiert
Während die Schweiz vergangene Krisen bisher relativ unbeschadet überstanden hat, scheint die aktuelle Situation grössere Sorgen zu bereiten. Dabei steht nicht direkt die Angst vor einem Krieg selber im Zentrum, sondern die Frage, welche Folgen die aktuellen Unsicherheiten mit sich bringen. Noch nie seit 1995 war der Anteil Stimmberechtigter, die davon ausgehen, dass es ihnen in den nächsten 12 Monaten wirtschaftlich schlechter gehen wird, grösser als heute (19 %) **[vgl. Grafik ● 2, S. 7]**. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Angst, den eigenen Job zu verlieren.

Im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit fällt erstmals seit Beginn der Befragung im Jahr 1988 aus den Top Ten der grössten Sorgen. Vielmehr geht es um die Unsicherheit, ob und wie die Versorgung des Landes und der Erhalt des bisher gewohnten Lebensstandards unter den aktuellen Voraussetzungen gewährleistet werden kann. Neben dem Krieg gegen die Ukraine (20 %) und der Angst um den Verlust der Neutralität (13 %) ist die Versorgungssicherheit (21 %) die dritte Sorge, die es aus dem Stand in die Top Ten von 2022 schafft.

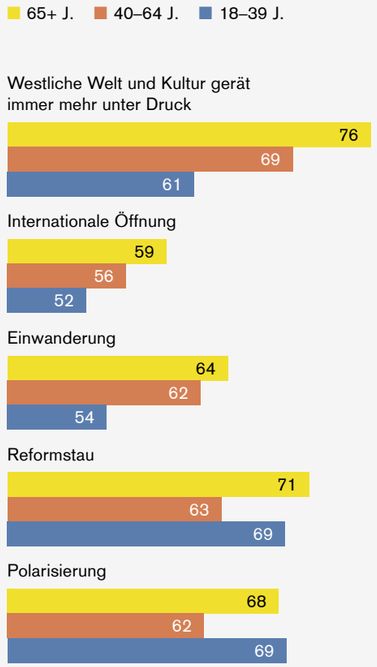
Besonders grosse Sprünge in der Sorgenwahrnehmung haben dieses Jahr zudem die Teuerung / Inflation (24 %, +16 pp), Energiefragen (25 %, +11 pp) oder auch der Preis von Benzin oder Erdöl gemacht (14 %, +8 pp). Mit einem Verlust von vier Prozentpunkten (9 %, –4 pp) ist das Thema der Gleichstellung von Mann und Frau eine der Sorgen, die am stärksten zurückgestuft werden **[vgl. Grafik ● 3, S. 8]**. Angesichts der grossen geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten findet aktuell offenbar eine neue Auslegung der Prioritätenliste der Sorgen statt: Gesellschaftliche Themen rücken in den Vordergrund, postmaterialistische Themen verlieren dagegen an Bedeutung.

Identität unter Druck
Neben der direkten Demokratie, Föderalismus und dem Milizgedanken ist die Neutralität ein Identitätsmerkmal und eine der Säulen der Schweizer Politik. Die Angst vor dem Verlust dieser Neutralität beschäftigt derzeit jedoch vor allem Wählerinnen und Wähler aus der Mitte, der FDP und der SVP. Bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten linker Parteien ist diese Sorge weniger dringlich. Nach verschiedenen Faktoren gefragt, welche die Identität der Schweiz gefährden, spielt der Druck von aussen in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen aber für viele Befragte eine →

1 Gefährdung der Identität nach Altersgruppen

SICHT DER GENERATIONEN «Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Sagen Sie mir, ob Sie durch folgende möglichen Ursachen die Schweizer Identität sehr gefährdet, eher gefährdet, eher nicht gefährdet oder überhaupt nicht gefährdet sehen»

[in % Stimmberechtigte, Anteil «sehr/eher gefährdet»]



wesentliche Rolle. Konkret schätzt man die Abhängigkeit der Schweiz von der globalen Wirtschaft (71 %), die EU und ihre Probleme (67 %), die Einwanderung (60 %) oder auch die internationale Öffnung (55 %) im Vergleich zum letzten Jahr zunehmend als Gefahr für die Identität der Schweiz ein.

Dass die westlichen Werte im neuen geopolitischen Tauziehen generell unter Druck geraten, erachten 68 Prozent als Gefahr für die Kernidee der Schweiz. Neben den Kräften, die von aussen auf die Schweiz einwirken, identifizieren die Stimmberechtigten aber auch hausgemachte Probleme für die Seele der Nation – allen voran das sinkende freiwillige Engagement (79 %) und die Unfähigkeit der Politik, tragfähige Lösungen für Probleme zu finden (78 %). Seit einigen Jahren empfinden die Schweizerinnen und Schweizer zudem den Reformstau (67 %) und die zunehmende politische Polarisierung (66 %) wieder vermehrt als Gefahr für die Identität des Landes.

Generationengraben
Wie viel Solidarität zwischen den Generationen effektiv vorhanden ist, wurde insbesondere seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie häufig thematisiert, und eine Mehrheit der Stimmberechtigten nimmt die Abnahme dieser Solidarität auch als Gefahr für die Schweiz wahr. Interessanterweise haben gerade jüngere Leute und ältere Generationen dabei eine unterschiedliche Leseweise der Dinge, welche die Identität der Schweiz untergraben **[vgl. Grafik ● 1]**: Jüngere Leute fühlen sich von einer vernetzten, globalisierten Welt deutlich weniger bedroht, als dies bei älteren Schweizerinnen und Schweizern der Fall ist. Dafür haben die ganz Jungen und Personen im Pensionsalter ein ähnliches Sensorium für Dinge wie den Reformstau oder die politische Polarisierung – beides Gefahren, die bei Personen mittleren Alters weniger stark wahrgenommen werden.

Leadership von Politik und Wirtschaft
Um die politischen Probleme des Landes zu lösen, wünscht sich das Volk wieder mehr Führung seitens des Bundesrats und des Parlaments. Diese Sichtweise hat sich im Laufe der Coronajahre verstärkt und nun 2022 nochmals akzentuiert. Neben der Politik wird auch der Wirtschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben, da diese – sofern sie genug Freiräume hat – zuweilen schneller als die Politik Lösungen findet, so die Wahrnehmung der Stimmberechtigten.

Kein Rückzug ins geopolitische Reduit
Obwohl die Resultate des diesjährigen Sorgenbarometers durchaus kritische Töne gegenüber einer vorbehaltslosen Globalisierung anschlagen, ist der Rückzug ins geopolitische Reduit für die Stimmberechtigten keine wirkliche Lösung. Zwar wird die Neutralität weiterhin hochgehalten und auch gegenüber einer aktiven Rolle der Schweiz in den Geschehnissen rund um den Krieg gegen die Ukraine ist man skeptisch. Ein Rückzug respektive ein Alleingang der Schweiz ist aber für Mehrheiten ebenfalls keine Lösung. Stattdessen ist man der Ansicht, Lösungen für politische Probleme müssten international und mittels einer stärkeren Anbindung der Schweiz gefunden werden. Dass die weltweiten Probleme die Schweiz nichts angehen, dieser Meinung sind in den letzten Jahren immer weniger Leute und gerade wenn es um die Klimapolitik geht, wünscht man sich zunehmend eine Vorreiterrolle.

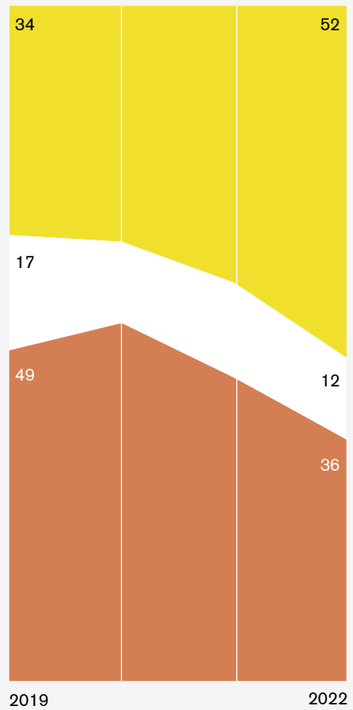
Anlehnung an die EU-Position
Traditionellerweise haben die Schweizerinnen und Schweizer eine pragmatische und von wirtschaftlichen Standortüberlegungen geprägte Sichtweise auf die Beziehung zu anderen Staaten. Werte und Normen stehen dagegen eher weniger im Vordergrund. Die aktuellen Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes dürften darum ein wichtiger Katalysator für den Wunsch sein, sich weg von der Strategie einer eigenständigen Nischenpolitik und hin zu einer stärkeren Anlehnung an die Position der EU zu orientieren **[vgl. Grafik ● 2]**. Diese Einschätzung wird dabei von Schweizerinnen und Schweizern durch alle politischen Blöcke bis weit ins bürgerliche Lager hinein geteilt **[vgl. Grafik ● 3]**.

2 Die geeignete Strategie der Schweiz im Welthandel

ANLEHNUNG «Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz eher verfolgen?»

[in % Stimmberechtigte]

- A – eine eigenständige Nischenpolitik
- B – stärker an eine geeinte EU-Position anlehnen, um Verhandlungsposition zu stärken
- weiss nicht / keine Antwort



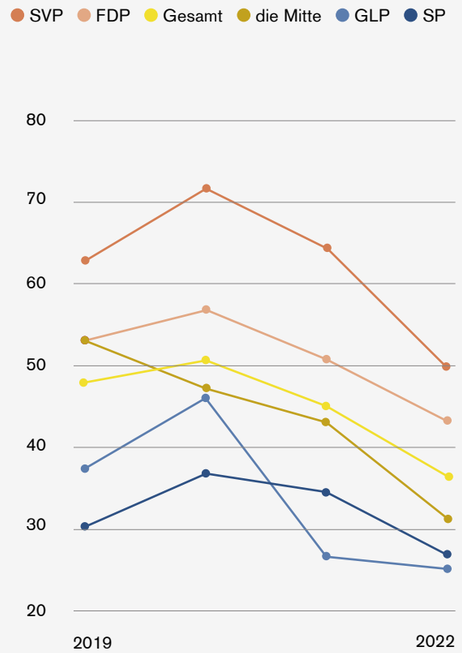
67 %

der Stimmberechtigten empfinden den Reformstau als Gefahr für die Identität des Landes.

3 Die geeignete Strategie nach Parteipräferenz

ABKEHR VON NISCHENPOLITIK Der Anteil der Befragten, die eine eigenständige Nischenpolitik befürworten, nimmt ab, bei Wählerinnen und Wählern der verschiedenen Parteien allerdings unterschiedlich stark.

[in % Stimmberechtigte]



SIMONETTA SOMMARUGA ist seit dem 1. November 2019 bis Ende 2022 Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Von 2010 bis 2018 leitete sie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Von 1999 bis 2003 war Sommaruga Nationalrätin, ab den Wahlen 2003 bis 2010 Ständerätin. Sie wurde als Geschäftsführerin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz in der Deutschschweiz öffentlich bekannt.

Foto: Fabian Hugo / 13 Photo

«Die Abhängigkeit hat uns verletzlich gemacht.»

INTERVIEW ___ Für sie hat die sichere Versorgung mit Strom oberste Priorität. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, äussert sich zu den Hauptsorgen der Schweiz.

Interview: Manuel Rybach*

*Das interview wurde Anfang November schriftlich geführt

Frau Bundesrätin, nach langer Absenz, letztmalig im Jahre 1990, ist in diesem Jahr die Hauptsorge der Schweizer Bevölkerung der Umweltschutz und Klimawandel. Haben Sie diese Sorge an der Spitze erwartet? Immerhin gab es heuer noch einige andere «Mitbewerber» um den Spitzenplatz.

Wir erleben die Folgen des Klimawandels ganz direkt: In diesem Frühsommer mit extrem hohen Temperaturen, gefolgt von mehreren Hitzewellen. Dazu kommt die Trockenheit. Die Gletscher schmelzen sehr schnell. Das alles ist kein einmaliger Ausreisser, sondern folgt einem langjährigen Trend. Und es zeigt, dass wir den Klimaschutz stärken müssen. Mit dem neuen CO_2-Gesetz, das der Bundesrat im September vorgelegt hat, können wir den Treibhausgas-Ausstoss bis 2030 halbieren.

Seit über zehn Jahren befindet sich das Thema AHV/Altersvorsorge immer in den Top 3 der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Im September stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung knapp für die Reform zur Stabilisierung der AHV. Wie kann es uns weiterhin gelingen, den Generationenvertrag mehrheitsfähig zu reformieren?

Die AHV ist der wichtigste Pfeiler der Altersvorsorge. Die Bevölkerung hat nun am 25. September zum Vorschlag von →

Bundesrat und Parlament Ja gesagt. Gerade für die Frauen wird es jetzt aber sehr wichtig sein, dass man ihre Situation bei der 2. Säule endlich verbessert. Denn die Frauen, aber auch alle Arbeitnehmenden mit tiefen Einkommen, werden mit der heutigen Regelung am meisten benachteiligt.

Der Krieg in der Ukraine ist lediglich auf dem achten Platz. Überrascht es Sie, dass diese Sorge nicht weiter vorne liegt?

Der Angriff von Russland trifft die Ukraine und Nachbarländer wie Polen direkter als die Schweiz. Der Krieg hat aber auch eine Energiekrise ausgelöst, deren Folgen wir in der Schweiz ebenfalls zu spüren bekommen. Russland führt nicht nur militärisch Krieg, sondern setzt seine Rohstoffe gezielt als Waffe ein. Es ist deshalb wichtig, dass wir unsere Abhängigkeit von Öl und Gas aus dem Ausland rasch reduzieren. Diese Abhängigkeit hat uns verletzlich gemacht. Wir müssen darum rasch vorwärts machen mit dem Ausbau unserer einheimischen erneuerbaren Energien.

Sie haben es angesprochen: Die weltweite Energiekrise trifft auch die Schweiz. Dies zeigt sich auch darin, dass Sorgen rund um die Energie bei den Schweizerinnen und Schweizern auf dem dritten Rang liegen. Mit welchen Massnahmen wollen Sie, als Vorsteherin des UVEK, die Energieversorgung sicherstellen? Und welcher Bezug besteht zur Hauptsorge Umweltschutz / Klimawandel?

Seit Russland den Gashahn zugedreht hat, ist die Versorgung unsicher geworden. Und die Tatsache, dass seit bald einem Jahr mehr als die Hälfte der AKW in Frankreich stillsteht, verstärkt die Unsicherheit zusätzlich. Der Bundesrat hat darum rasch Massnahmen beschlossen, um die Energieversorgung zu stärken. Dazu gehören zum Beispiel die Wasserkraftreserve, die mobilen Turbinen in Birr (AG) sowie die Sparkampagne. Ausserdem hat der Bundesrat die Gasbranche verpflichtet, weitere Gas- und Speicherkapazitäten zu sichern. Diese Reserven und Sicherheiten wirken nicht irgendwann, sondern bereits im nächsten Winter. Der Bundesrat hat sehr viel dafür gemacht, dass unser Land für den Winter möglichst gut aufgestellt ist.

Die sichere Versorgung mit Strom hat für mich oberste Priorität, seit ich das Departement übernommen habe. Dafür habe ich das Bundesgesetz für eine sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien ins Parlament gebracht, wo es aktuell beraten wird. Es geht darum, dass wir vor allem im Winter mehr Strom produzieren, mehr Strom speichern und weniger Energie verschwenden. Ich bin froh, dass das Parlament nun auch vorwärts machen will. So können wir unsere Versorgungssicherheit stärken.

Covid-19-Pandemie, Krieg in der Ukraine und drohende Energielücken: Die Schweiz befindet sich nun seit mehr als zwei Jahren im Krisenmodus. Was sind die bisherigen Lehren für den Bundesrat beziehungsweise für Ihr Departement, wie sich die Schweiz für künftige Herausforderungen richtig wappnen soll?

Die letzten Jahre haben uns geprägt. Zu Beginn der Pandemie gab es grosse Unsicherheiten, man wusste wenig über das Virus und musste rasch entscheiden. Auch die jetzige Situation mit dem Krieg in Europa ist mit Unsicherheiten verbunden. Niemand kann sagen, wie er sich weiterentwickelt. Was aber klar ist: Der Bundesrat hat die letzten Monate intensiv genutzt, um die Energieversorgung unseres Landes so gut wie möglich zu stärken. Meine Erfahrung als Bundespräsidentin mit der Flüchtlingskrise von 2015 und mit der Corona-Pandemie im Jahr 2020 hilft, Ruhe zu bewahren und gleichzeitig anzupacken. Die Schweiz ist stark, wenn wir das gemeinsam machen.

Wir haben jetzt über einige grosse Sorgen der Bevölkerung gesprochen. Teilen Sie diese und gibt es aus Ihrer Sicht noch weitere wichtige Problembereiche, welche wir noch nicht diskutiert haben?

In einer Krise ist vieles weniger selbstverständlich. Gesundheit, Sicherheit, genügend Strom – Dinge, die immer da waren, sind vielleicht nur noch eingeschränkt vorhanden oder könnten rar werden. Das kann belastend sein. Dass wegen der steigenden Preise weniger Geld für den Haushalt übrig ist und die Kaufkraft der Bevölkerung unter Druck kommt, beschäftigt derzeit viele. Ich nehme diese Sorgen sehr ernst, eine Arbeitsgruppe des Bundes prüft mögliche Massnahmen. Für mich ist klar, dass für Härtefälle Lösungen gefunden werden müssen.

«Wir dürfen in unserem Land zuversichtlich in die Zukunft schauen.»

Machen wir gedanklich einen Zeitsprung in die Zukunft: Welches Thema hoffen Sie, wird in fünf Jahren komplett aus dem Sorgenbarometer verschwunden sein?

Ich hoffe, dass der Krieg in der Ukraine rasch beendet wird. Im Westen sind die meisten davon ausgegangen, dass so etwas in Europa nicht mehr möglich ist. Doch es ist anders gekommen. Wir müssen daher hellhörig bleiben und entschlossen für unsere Werte – Menschrechte, Demokratie, Rechtsstaat und Solidarität – einstehen. Der Krieg hat zudem gezeigt, wie wichtig es ist, die einheimische Energie zu stärken. Ich bin zuversichtlich, dass da mehr Tempo hineinkommt. Das brauchen wir auch, um den Klimawandel zu bremsen. So sehr ich es mir wünsche: Dieses Thema dürfte aber nicht so rasch verschwinden.

Gestatten Sie zum Schluss noch eine persönliche Frage: Wie gehen Sie selbst mit Sorgen um und was raten Sie den Menschen für den Umgang mit gegenwärtigen und kommenden Problemen?

Wir dürfen in unserem Land zuversichtlich in die Zukunft schauen. Es gibt bei uns so viele engagierte Menschen, gerade auch Jugendliche, die sich einbringen wollen. Wir verfügen über eine Grundversorgung mit Bahn, Bus, Post und Telekommunikation, die auch in der Krise bestens funktioniert. Für mich persönlich gab es Ende Oktober einen Einschnitt in meinem Leben. Er hat mir bewusst gemacht, dass ich nach zwölf Jahren vollen Einsatz als Bundesrätin nun andere Schwerpunkte setzen will in meinem Leben. Wichtig ist, in solchen Situationen auf Herz und Verstand zu hören. Sie sind die besten Ratgeber.

So meistern wir die Klima- und Energiekrise

ENERGIE- & KLIMAWENDE ___
Einsparungen sind möglich ohne Komforteinbussen, wenn wir auf Energieeffizienz setzen und Verschwendung beenden. Mit intelligenten Systemen und dem Ausbau der erneuerbaren Energie schaffen wir die Energie- und die Klimawende.

Von Jürg Grossen

Wir Grünliberalen sind die Partei des Optimismus. Wir suchen auch in herausfordernden Zeiten die Chancen, während andere die Probleme bewirtschaften. Die Zeit ist reif, die Klimawende herbeizuführen und dabei gleichzeitig die Energiekrise zu meistern. Die Entscheide des Parlaments in der Herbstsession haben erste Weichen gestellt für eine nachhaltige, klimaneutrale Zukunft: mit verbindlichen Zielen, klaren Absenkpfaden, einer Offensive für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Schweiz hat erkannt, es ist höchste Zeit für rasches Handeln und weitere Schritte. Die Energiewende und die Klimaneutralität sind möglich. So wird die Schweiz zu einem globalen Leuchtturm für Nachhaltigkeit und eine Pionierin in der Energiewende werden.

Unsere Zukunft, und besonders die unserer Kinder und Enkel, ist durch die Auswirkungen des Klimawandels ernsthaft gefährdet. Dieser stellt wohl die grösste Bedrohung für die Menschheit in diesem Jahrhundert dar. Die extremen Wetterereignisse auch in diesem Jahr sprechen für sich. Diese globale Herausforderung muss vorab von den grossen und wirtschaftlich starken Ländern bewältigt werden. Für einen wirksamen Klimaschutz ist es zentral, dass alle und insbesondere reiche und einflussreiche Staaten wie die Schweiz vorangehen. Denn sie verursachen sowohl im In- wie auch im Ausland hohe CO_2-Emissionen und tragen deshalb eine besondere Verantwortung.

40 Prozent des Stroms verschwendet

Gleichzeitig sind wir durch den Krieg in der Ukraine mit einer einschneidenden Energieknappheit konfrontiert, speziell diesen Winter. Notabene: ein weitgehend selbstverschuldetes Problem. Hätten wir beim Ausbau der Erneuerbaren vorwärts gemacht und mit der EU das geplante Stromabkommen abgeschlossen, wären wir jetzt nicht in dieser Situation. Leider haben die konservativen bürgerlichen Parteien jahrelang den Ausbau der Erneuerbaren blockiert und gebremst, und der Bundesrat hat das Rahmenabkommen alternativlos beerdigt. Diese rückwärtsgerichteten Strategien müssen nun ein Ende haben. Ich habe mir vor zwei Jahren erlaubt, eine persönliche Roadmap für die komplett erneuerbar versorgte und CO_2-neutrale Schweiz als möglichen Weg vorzulegen. Dabei ist das wichtigste Rezept eines, das gerade für diesen Winter speziell gilt, nämlich auf Energieeffizienz zu setzen, also nicht benötigte Energie einzusparen. Statt zusätzlicher Kraftwerke und einschneidender Einschränkungen für Verbraucherinnen und Verbraucher braucht es endlich Intelligenz im System. Das Potenzial ist riesig, denn in der Schweiz wird heute bis zu vierzig Prozent des Stroms ohne Nutzen verschwendet, wie das Bundesamt für Energie bestätigt. Das ist mehr, als die vier Schweizer Atomkraftwerke pro Jahr liefern. Einsparungen sind insbesondere mit modernster Technik möglich, ganz ohne Komforteinbusse. Ein Beispiel: Das Gebäude unserer Firma, welches Platz für vierzig Arbeitsplätze bietet, verbraucht dank den eingebauten intelligenten Steuerungen 80 Prozent weniger Strom und 70 Prozent weniger Wärme als ein normales Gebäude vergleichbarer Grösse. Und das bei höherem Komfort!

Kommen diese Lösungen nicht zu spät für den kommenden Winter? Nein! Denn selbst kurzfristig besteht ein grosses Einsparpotenzial. Und der hohe Strompreis setzt nun endlich einen Anreiz dafür. Die hohen Preise schmerzen zwar im Portemonnaie, aber sie zwingen uns auch, sparsamer mit Energie umzugehen und in Nachhaltigkeit zu investieren. Um kurzfristige Engpässe zu überbrücken, muss dringend ein marktwirtschaftliches System etabliert werden, welches im Falle einer Strommangellage zuverlässig drossel- oder abschaltbare Stromlasten →

«Die hohen Preise zwingen uns, sparsamer mit Energie umzugehen und in die Nachhaltigkeit zu investieren.»

(Kapazität) ausschreibt. Unternehmen können damit freiwillig Angebote mit entsprechender Entschädigung für diese Kapazitäten einreichen. Weiter können wir durch die Einbindung von kleineren und mittleren Unternehmen und Verbrauchern in den Regelenergiemarkt, mit welchem Swissgrid für die Stabilität des Stromnetzes sorgt, noch mehr Sicherheit schaffen. Entsprechende Vorstösse von uns wurden vom Nationalrat mit grossem Mehr überwiesen.

Importabhängigkeit auf Null reduzieren
Ergänzend zu den Effizienzgewinnen müssen wir den Turbo einschalten beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wind, Wasser und Sonne in Verbindung mit verbesserten Speicherkapazitäten heissen die Energiequellen von morgen. Die Überschüsse aus dem Sommer können wir mit Power-to-X einlagern und im Winter kombiniert mit Wärmeerzeugung rückverstromen. Die Kosten für Photovoltaik und Batterien sind in den letzten Jahren stark gesunken und werden weiter sinken, das Gleiche wird mit zunehmender Verbreitung auch bei der Power-to-X-Technologie geschehen. Wenn wir all diese Massnahmen erfolgreich kombinieren, könnte sich unsere Importabhängigkeit auf 0 reduzieren. Technisch ist es also möglich, aber politisch? Das hängt unter anderem davon ab, wie erfolgreich wir Grünliberalen bei den Wahlen abschneiden und im Parlament Mehrheiten schaffen können, damit die Politik statt in Öl und AKWs in erneuerbare Energien und Systemintelligenz investiert. Nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch kantonal und lokal.

Die Energiewende ist eine grosse, historische Chance für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Wir wollen die Klimawende mit der Wirtschaft umsetzen und nicht gegen sie, insbesondere mit Anreizen und Lenkungsabgaben. Unser Wohlstand beruht seit jeher auf unserer Innovationskraft. Die Schweiz ist prädestiniert, auch beim Klimaschutz eine Vorreiterinnenrolle als Cleantech-Standort zu übernehmen und das Know-how aus der Energiewende in die ganze Welt zu exportieren, was Arbeitsplätze und Wertschöpfung für Generationen schaffen wird. Indem Schweizer Innovationen und Technologien weltweit eingesetzt werden, tragen wir global zur Energiewende bei.

Wir stehen mit unserer Strategie Cool Down 2040 für rasche, nachhaltige, liberale und faktenbasierte Lösungen. Jetzt brauchen wir das Engagement von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für einen raschen Wandel.

JÜRG GROSSEN
ist Nationalrat und Präsident der Gründliberalen. Energie- und Klimapolitik gehören zu seinen Schwerpunkten. Er präsidiert die Verbände Swiss e-Mobility und Swissolar.

AHV ___ Die demografischen Veränderungen vergrössern das Finanzloch der AHV. Nachhaltig gegensteuern lässt sich nur mit einer schrittweisen Erhöhung des Rentenalters.

Von Camille Lothe

Dem Generationenvertrag droht die Kündigung

Gute Nachrichten für unsere älteren Mitbürger: Bei der Einführung der AHV 1948 lag die damalige Lebenserwartung eines 65-jährigen Mannes bei rund zwölf Jahren, heute sind es bereits knapp 20 Jahre. Das ist erfreulich! Wir werden nicht nur immer älter, sondern sind im Alter auch in immer besserer Gesundheit. Die gewonnene Gesundheit hat jedoch einen hohen Preis: Dem Generationenvertrag in der Altersvorsorge droht die Kündigung.

In den 1950er- und 1960er-Jahren wuchs die Schweizer Bevölkerung stark an. Die Anzahl Geburten stieg zwischen 1954 und 1964 von rund 84 000 auf fast 113 000 pro Jahr. Diese geburtenstarken Jahrgänge erreichen nun das Rentenalter. Das Resultat: Die Zahl der Pensionierten wird in den nächsten Jahren schneller wachsen als die Zahl der Erwerbstätigen. Vor 60 Jahren finanzierten etwa sechs Erwerbstätige die Rente einer Person. Heute sind es noch 3,4 Erwerbstätige und in 30 Jahren werden es nur noch rund zwei Erwerbstätige sein.

Babyboomer vergrössern Minus
Diese demografischen Veränderungen gefährden die Finanzierung der Altersvorsorge. Im Jahr 2019 machte die Differenz →

zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Minus von 1,2 Milliarden Franken aus. Mit der Pensionierung der Babyboomer wird das Loch im Jahr 2045 bereits 16 Milliarden Franken betragen. Leider wurde die grosse Herausforderung der alternden Gesellschaft von der Politik bisher nicht ausreichend angegangen. Mit der beschlossenen Zusatzfinanzierung aus dem AHV-Steuerdeal (STAF) und der AHV21-Reform ist das Problem nicht gelöst.

Stellen Sie sich die AHV als eine Badewanne vor – doch diese hat ein Loch. Das Wasser fliesst ab. Meine Generation sitzt bald «füdliblutt» in einer leeren Badewanne. Das will niemand. Jetzt gibt es mehrere Möglichkeiten, gegen das unfreiwillige «Blüttlen» vorzugehen. Mit einer weiteren Zusatzfinanzierung der AHV giessen wir lediglich Wasser nach, der strömende Abfluss bleibt. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente der Gewerkschaften entscheidet sich für einen anderen Ansatz: Mit dem Vorschlaghammer wird das Loch der Badewanne noch vergrössert. Der Bundesrat rechnet bei einer Annahme mit Mehrausgaben von fünf Milliarden Franken bis zum Jahr 2032. Sinnbefreit oder FKK-Aktivismus lautet mein Fazit zur Initiative. Doch wie stopfen wir das Loch der Badewanne und kommen wieder zu einem kontrollierten Abfluss?

Renteninitiative als Lösung

Es braucht eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Sie ist die beste Variante, weil sie das Problem an der Wurzel anpackt oder eben am Badewannenloch. Die attraktivste Option ist hier die Renteninitiative. Mit der Initiative wird das Rentenalter schrittweise erhöht und anschliessend an die Lebenserwartung gebunden. Das Rentenalter erhöht sich aber nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern mit dem Faktor 0,8. Damit künftige Rentner frühzeitig ihren Ruhestand planen können, wird das Rentenalter zudem fünf Jahre vor der Pensionierung bekanntgegeben. Die Berechnungen zeigen, dass die Initiative das Finanzierungsproblem der AHV langfristig löst.

Langfristig braucht es auch eine Lösung in der zweiten Säule. Doch dort gilt das Prinzip: Jeder spart für sich selbst – bis jetzt. Bei der Pensionierung wird das angesparte Kapital auf Basis von Lebenserwartung und Renditeerwartung in eine Jahresrente umgerechnet. Die politische Praxis hat diese Theorie schon lange pervertiert. Aktuell schreibt das Gesetz eine minimale Jahresrente von 6,8 Prozent des gesparten Kapitals vor. Realistisch wären höchstens sechs Prozent.

Angriff auf junge Generation

Doch aufgepasst! Mit der geplanten prozentualen Reduktion droht ein Aufschrei. Als Antwort schleichen sich auch hier Kompensationsmassnahmen ein. Bundesrat Berset möchte pauschale Rentenzuschläge für alle Neurentner bis in alle Zeiten. Finanziert nach dem AHV-Prinzip mit Lohnbeiträgen der Erwerbstätigen. Dieses Vorgehen ist nicht nur systemfremd, sondern ein direkter Angriff auf den Generationenvertrag.

Der Generationenvertrag ist kein formelles Vertragswerk. Theoretisch gesehen gibt es keinen bestimmten Zeitpunkt, an dem die Solidarität der Jungen enden würde. Es ist eine schleichende Entwicklung. Doch diese Entwicklung hat Sprengpotenzial. Im Jahr 2023 dürften die über 50-Jährigen erstmals über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Sie werden zu einer politischen Macht. Darum mein Appell an die über 50-Jährigen zur Rettung des Generationenvertrags: Transferiert die Entscheidung nicht auf zukünftige Generationen, sondern entscheidet im Sinne dieser zukünftigen Generationen. Die steigende Lebenserwartung lässt euch genügend Zeit.

CAMILLE LOTHE
ist Präsidentin der SVP der Stadt Zürich und Präsidentin der Jungen SVP des Kantons Zürich. Die Politikwissenschafterin arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Engagierte Energie- und Klimapolitik

ENERGIE- & KLIMAPOLITIK ___ Eine effektive und nachhaltige sowie auch ökonomisch effiziente Energie- und Klimapolitik setzt zur Hauptsache auf Lenkung. Mit Lenkungsmassnahmen, die an die Bevölkerung zurückverteilt werden, erreichen wir letztlich auch eine sozialverträgliche Klimapolitik.

Von Susanne Vincenz-Stauffacher

Was für uns hier in der Schweiz bis vor wenigen Monaten höchstens Stoff für Katastrophenfilme war, wurde Realität: drohende Strommangellage – und zwar nicht wie ursprünglich angekündigt für den Winter 2025, sondern bereits für den bevorstehenden – sowie massiv erhöhte Energiepreise. Doch es gibt auch gute Nachrichten: Engagierte Energie- und Klimapolitik ist mehrheitsfähig geworden. Es scheint fast so, als hätte die Energiekrise Mut und Kraft freigesetzt. Den Mut, ambitionierte Ziele zu setzen, und die Kraft, entsprechende Entscheide zu fällen. So setzt das nationale Parlament mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative Ziele hin zu Netto-Null 2050, fördert Innovationen und implementiert einen «Booster» für den Heizungsersatz – Ersatz von fossil betriebenen Heizungen mit erneuerbaren Heizsystemen – und →

«Mit der Rückverteilung der Lenkungsabgaben an die Bevölkerung profitieren die Einkommensschwächeren.»

Effizienzmassnahmen. Nach dem Volks-Nein zum CO_2-Gesetz vom Sommer 2021 herrschte eine eigentliche Blockade – mit dieser Vorlage ist diese wieder beseitigt.

Schutz-Nutzen-Diskussion notwendig
Was mir in der Energie- und Klimapolitik wichtig erscheint: Silodenken durchbrechen. Klimaschutz ist wichtig, Umweltschutz ist wichtig, Biodiversität ist wichtig, Natur- und Heimatschutz ist wichtig. Ja, wer wollte dem widersprechen. Aber wir müssen uns klar sein: Es muss eine Schutz-Nutzen-Diskussion geführt werden. Wie viel Nutzen im Verhältnis zu wie viel Schutz? Zugunsten eines beschleunigten Aus- und Zubaus von Solar-, Wasser- und Windkraftanlagen werden wir nicht darum herumkommen, im Landschaftsschutz vernünftige Abstriche zu machen – aber selbstverständlich ohne sämtliche Schutzbestimmungen über Bord zu werfen. Unsere Vorstellungen, wie unsere Landschaft idealerweise aussieht, sollten wir überdenken. Dabei geht es nicht darum, dass wir uns an ein gänzlich anderes Landschaftsbild gewöhnen müssen. Aber etwas weniger «Ballenberg» und etwas mehr Fortschritt schadet wohl nicht. Ich wünsche mir, dass Solar- und Windkraftanlagen auf dafür geeigneten Freiflächen nicht schon rein grundsätzlich negativ und als Eingriff konnotiert werden, sondern als Bereicherung. Dabei gilt es aber selbstverständlich Mass zu halten. Die zusätzliche Energiegewinnung muss in einem vernünftigen Verhältnis stehen zu den Umwelteinwirkungen.

Kernenergie hat nach wie vor Bedeutung
Das alles sind keine einfachen Diskussionen. Dies hat sich exemplarisch gezeigt im Zusammenhang mit dem vom Parlament in der Herbstsession 2022 verabschiedeten dringlichen Bundesgesetz zur Ermöglichung des Baus alpiner Solaranlagen. Diese bieten einen wertvollen Beitrag zur Winterstromproduktion und damit zur Versorgungssicherheit. Als Gegenstück ist für grössere Neubauten eine Solarpflicht vorgesehen. Während für die Lockerung der Vorschriften im alpinen Raum Umweltschutzkreise Konzessionen eingehen müssen, ist eine Solarpflicht für Liberale schwierig zu akzeptieren. Indem beide Seiten aufeinander zugegangen sind und je die sprichwörtlichen Kröten geschluckt haben, war ein mehrheitsfähiger Kompromiss möglich und dies erst noch in Rekordzeit. Genau so geht konstruktive Politik, welche nicht das eigene Parteiprogramm oder das eigene Renommee ins Zentrum stellt, sondern die Lösung eines Problems zum Wohle der ganzen Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit einem idealen Strommix stellt sich natürlich immer auch die Frage nach dem Stellenwert der Kernkraft. Mit dem vom Volk beschlossenen Atomausstieg ist diese Technologie grundsätzlich ein «Auslaufmodell». Nun ist es aber ein Fakt, dass wir mit dem Zubau der Erneuerbaren im Rückstand sind. Für die Stromversorgungssicherheit kommt der Kernenergie damit nach wie vor eine Bedeutung zu. Somit erscheint es richtig und angemessen, die Laufzeiten der bestehenden Werke so weit zu verlängern, als sie sicher betrieben werden können. Bei der Sicherheitsfrage schlägt insbesondere auch die Abfallproblematik zu Buche. Hier sind wir nun einen Schritt weiter. Im September 2022 hat die Nagra nach einem jahrelangen strukturierten Prozess ihren Standortentscheid für ein geologisches Tiefenlager bekanntgegeben. Die Standortsuche basierte auf der Haltung, dass wir unsere radioaktiven Abfälle selber entsorgen und nicht ins Ausland auslagern. Die Standortwahl wiederum war einzig der Sicherheit verpflichtet – welche Lage ist aus geologischen und sonstigen technischen Kriterien der sicherste Standort in der Schweiz – und nicht anderen, beispielsweise politischen Überlegungen. Damit ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Endlager gemacht. Dies hat aber keinen unmittelbaren Einfluss auf das bestehende Neubauverbot für AKWs. Für aktuelle Technologien erscheint dies nach wie vor richtig. Sollten in Zukunft weiterentwickelte Nukleartechnologien, Kernfusionstechnologie zum Beispiel, zur Verfügung stehen, wird neu zu diskutieren sein, inwiefern solche neuen Technologien einen sinnvollen Beitrag an einen ausgewogenen Strommix liefern können. Dies hängt auch stark davon ab, ob die Zu- und Ausbauziele der Erneuerbaren erreicht werden. Damit ist auch gesagt, dass die Diskussionen um die Kernenergie den Aus- und Zubau der Erneuerbaren nicht behindern darf.

Mehrheitsfähigkeit ist oberstes Ziel
Ich bin überzeugt: Eine effektive und nachhaltige sowie auch ökonomisch effiziente Energie- und Klimapolitik setzt zur Hauptsache auf Lenkung, bei Bedarf mit Subventionen als ergänzende Massnahmen. Mit Lenkungsmassnahmen, die möglichst vollständig an die Bevölkerung zurück verteilt werden, verfolgen wir letztlich auch eine sozialverträgliche Klimapolitik. Dies deshalb, weil in einer Gesamtbetrachtung der grössere Teil der Emissionen durch Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen verursacht wird. Mit der Rückverteilung an die Bevölkerung profitieren daher Einkommensschwächere. Sie erhalten in der Regel mehr zurück, als sie aufgrund der Lenkungsmassnahmen bezahlen.

Mein persönliches Fazit: Oberstes Ziel einer konstruktiven Energie- und Klimapolitik muss die Mehrheitsfähigkeit sein. Andernfalls drohen Blockade und Stillstand. Dies ist für den Standort Schweiz in mehrerlei Hinsicht schädlich – ökologisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Somit ist klar, dass es ein Zusammenspiel zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft braucht. Packen wir es an!

SUSANNE VINCENZ-STAUFFACHER
ist Nationalrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz. Sie führt eine eigene Anwaltskanzlei und ist als selbstständige Rechtsanwältin und öffentliche Notarin tätig.

Warum die Schweiz wenig anfällig für Inflation ist

INFLATION ___ Schuldenbremse, Unabhängigkeit der Nationalbank, vergleichsweise tiefe Teuerung und ein stabiler Arbeitsmarkt bremsen in der Schweiz die Inflation.

Von Claude Maurer

Karl Otto Pöhl, der frühere Präsident der deutschen Bundesbank, stellte einst einen eingängigen Vergleich an: «Inflation ist wie Zahnpasta. Ist sie erst mal heraus aus der Tube, bekommt man sie kaum mehr rein.» Angesichts rekordhoher Teuerungsraten stellt sich die Frage, ob die Unordnung bereits angerichtet ist.

Ökonomen definieren Inflation als den Prozess, durch den die Preise eines umfangreichen «Korbs» von Waren und Dienstleistungen über längere Zeit steigen. Amtliche Messgrösse dafür ist die Veränderung des Konsumentenpreisindexes. Dieser misst die Entwicklung der Preise der von einem durchschnittlichen Haushalt konsumierten Waren und Dienstleistungen. Aber: Der Durchschnittshaushalt lebt in einer theoretischen Welt. So kann der individuelle Warenkorb deutlich vom amtlichen abweichen – und folglich unterscheidet sich der eigene Kaufkraftverlust teilweise spürbar von der offiziellen Inflationsrate. Wer zum Beispiel kein Auto hat und studiert, sieht sich einem anderen Kaufkraftverlust gegenüber als eine Familie auf dem Lande. Auch weichen das Preisempfinden und die offizielle Preisstatistik zeitweise voneinander ab. So nehmen wir Preisveränderungen von Gütern, die wir häufig kaufen und meist bar bezahlen, etwa Brot, stärker wahr als Leistungen, die nur einmal im Monat per Lastschrift bezahlt werden wie Telefongebühren oder nur alle paar Jahre gekauft werden wie Möbel. Zudem bleiben uns «Enttäuschungen», wenn wir beispielsweise an der Tankstelle mit deutlich höher als erwarteten Benzinpreisen konfrontiert werden, prominent in Erinnerung, und sie haben somit einen überproportional hohen Einfluss auf unsere Wahrnehmung der Teuerung. Wenig erstaunlich, ist die Teuerung eine der dringlichsten Sorgen vieler Bürger in der Schweiz.

Keine Treiber für anhaltende Inflation

Die Teuerung ist derzeit auch in der Schweiz so hoch wie seit den frühen 1990er-Jahren nicht mehr, und sie findet besonders stark in genau den Bereichen statt, in denen wir sie bewusst wahrnehmen – an der Tankstelle oder bei der Buchung der lang ersehnten Ferien. Doch im internationalen Vergleich steht die Schweiz mit ihren aktuell 3 Prozent Inflation auf guten Füssen. So müssen die Europäer und Amerikaner mit acht bis zehn Prozent Inflation kämpfen. Wichtiger noch ist aber, dass hierzulande wichtige Treiber für eine länger anhaltende Inflation fehlen. Damit die Preise auf breiter Basis ununterbrochen weiter steigen würden, müsste die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen auch in Zukunft schneller zunehmen als das Angebot. Gemäss dem Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman passiert dies nur dann, wenn Haushalte, Staat oder Unternehmen mit stetig zunehmendem «Treibstoff» für ihre Käufe ausgestattet werden. Diejenige Institution, die diesen Treibstoff – nämlich das Geld – grundsätzlich ohne Einschränkung bereitstellen kann, ist die Zentralbank. Gefahr droht insbesondere, wenn diese vom Staat genötigt wird, dessen Ausgaben mit Gelddrucken zu finanzieren. Dank der Schuldenbremse einerseits und der Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) andererseits ist ein solcher Missbrauch der Zentralbank in der Schweiz äusserst unwahrscheinlich. Und das ist gut so. Zudem hat die SNB mittels Zinserhöhungen bereits das Wachstum der Geldmenge gebremst. Anders sieht es in den Ländern aus, die wiederholt zur breiten Ausgabenkelle greifen, wie dies in den USA oder Grossbritannien, aber auch in Ländern der Eurozone der Fall ist. Dort entnimmt die Geldpolitik zwar ebenfalls Inflationstreibstoff, aber hohe Staatsausgaben verwässern den Effekt. So besteht die Gefahr einer hartnäckigen Inflation.

Verzicht auf maximale Lohnerhöhung

In der Schweiz ist zudem die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale gering, in welcher sich Preise und Löhne gegenseitig hochschaukeln. Zum einen, weil die Teuerung tiefer ist und die SNB bereits reagiert hat. Zum anderen, weil der Arbeitsmarkt generell wenig anfällig für kurzfristige Exzesse ist. Zwar steigen die Löhne angesichts der hohen Teuerung und des Fachkräftemangels so stark wie seit über zehn Jahren nicht mehr, es gibt aber Indizien für eine generelle Lohnzurückhaltung. Die Erfahrung zeigt, dass die Beschäftigten in der Regel bereit zu sein scheinen, kurzfristig auf maximale Lohnerhöhungen zu verzichten, um das Risiko einer Erwerbslosigkeit zu reduzieren und den Wohlstand damit langfristig zu sichern. Diese Weitsicht zahlt sich für die Beschäftigten aus, ist doch der Anteil der Wirtschaftsleistung, der als Löhne ausbezahlt wird, hierzulande ausserordentlich hoch.

Weitsicht ist angesichts der globalen Gefahr einer längeren Phase mit hoher Inflation derzeit mehr denn je angebracht. Selbst wenn sich die Rohstoffpreise wieder normalisieren, was eine Annahme mit zahlreichen politischen Unbekannten ist, bleiben Zentralbanken und Regierungen von den USA bis nach Europa in der Inflationsbekämpfung wohl noch länger gefordert. Zu viel Unordnung ist bereits angerichtet. Immerhin: In der Schweiz bleibt die Zahnpaste bis auf Weiteres in der Tube.

CLAUDE MAURER
ist Chefökonom der Credit Suisse Schweiz. Von 2006 bis Juni 2021 leitete er bei der Bank den Bereich Konjunkturanalyse Schweiz. Maurer startete seine Laufbahn als Ökonom bei BAK Basel Economics.

Politik muss den Menschen dienen

GESUNDHEITSPOLITIK ___ Vermeidbare Kosten, Fehlanreize und ungenutzte Chancen führen zu unnötigen Kosten im Gesundheitswesen. Die Interessen der Versicherten müssen wieder klar in den Vordergrund rücken.

Von Martin Landolt

Die Schweiz verfügt über ein qualitativ hochstehendes und breit ausgebautes Gesundheitssystem. Gleichzeitig führen die stark steigenden Kosten zu ebenso stark steigenden Krankenkassenprämien, was zunehmend auch zu einer sozialpolitischen Herausforderung wird: Immer mehr Prämienzahlerinnen und Prämienzahler stossen an ihre finanziellen Grenzen. Im übertragenen Sinn fahren wir alle ein Luxusauto, auf dessen Vorzüge wir nicht verzichten wollen. Unser Budget würde aber eigentlich nur einen Mittelklasse- oder Kleinwagen zulassen. Dieser Spagat ist schmerzhaft geworden.

Ineffizienzen verhindern

Nicht alle Kostenanstiege sind ungerechtfertigt: Neue innovative Therapien bieten wertvolle Perspektiven für die betroffenen Patientinnen und Patienten. Der wachsende Pflegedarf folgt der demografischen Entwicklung und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Es gibt aber auch vermeidbare Kosten und Ineffizienzen, die ohne spürbare Qualitätsverluste zu Kostenreduktionen führen. Und genau hier liegt der Fokus der Krankenversicherer, die sich als Fürsprecher ihrer Kundinnen und Kunden für deren Anliegen einsetzen. Die Krankenversicherer kontrollieren und bezahlen die Rechnungen im Auftrag der Versicherten und haben deshalb kein Interesse an höheren Prämien. Im Gegenteil: Allein mit den Rechnungskontrollen werden Kosten von über 3,5 Milliarden Franken pro Jahr vermieden.

Auch der Bund überprüft systematisch, ob bestimmte Leistungen die Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit erfüllen. Ist dies nicht der Fall, sollen diese von der Grundversicherung ausgeschlossen werden. Obwohl bereits verschiedene solche Verfahren abgeschlossen sind, lassen die gewünschten Einsparungen auf sich warten. Die betroffenen Angebote werden nicht mit der nötigen Konsequenz aus dem Katalog gestrichen.

Fehlanreize beseitigen

Es ist auch eine Tatsache, dass beispielsweise die Ärztedichte im Kanton Genf fünf Mal höher ist als im Kanton Uri. Und niemand würde behaupten, die Urnerinnen und Urner seien weniger gesund als der Rest der Schweiz. Ebenso ist die Anzahl Spitäler überdurchschnittlich hoch, die Koordination der Angebote innerhalb der Spitäler aber zu tief. Das ist nicht nur unnötig teuer, sondern befeuert auch den Fachkräftemangel. Zudem zeigen Studien, dass die Qualität leidet, wenn gewisse Eingriffe nur gelegentlich durchgeführt werden.

Es ist ebenso eine Tatsache, dass Medikamente in der Schweiz deutlich teurer sind als im Ausland. Und zwar so viel teurer, dass sich dies nicht mehr mit Kaufkraftunterschieden oder mit der «Hochpreisinsel Schweiz» erklären lässt. Zudem ist der Anteil Generika im Vergleich zum Ausland massiv tiefer. Und es ist weiter eine Tatsache, dass die Preise vergleichbarer Routinebehandlungen ohne offensichtlichen Grund sehr stark variieren. Hier sitzt santéuisse als Tarifpartner mit am Verhandlungstisch und engagiert sich für ein Tarifsystem mit möglichst wenigen Fehlanreizen. Wie Parlament und Bundesrat betrachten auch wir ein System als optimal, das auf Pauschaltarifen basiert und mit Einzelleistungstarifen ergänzt wird.

Digitalisierung vorantreiben

Neben verschiedenen ungenutzten Chancen der Digitalisierung lässt insbesondere auch das elektronische Patientendossier weiterhin auf sich warten. Hier wird ausgerechnet die wichtigste Frage ignoriert: Nämlich diejenige nach den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden. Es kann doch nicht zu viel verlangt sein, dass bei einem Ärztewechsel oder im Notfall meine Daten rasch verfügbar sind. Es sind meine Daten, und ich will entscheiden dürfen, wem sie zur Verfügung stehen und wem nicht. Aber all dies scheint in der bisherigen Diskussion kaum eine Rolle gespielt zu haben.

Die Massnahmen und Stellschrauben sind also gemeinhin bekannt und wurden schon von verschiedensten Experten identifiziert. Etwas vielfältiger sind die Zuständigkeiten: Parlament, Bund, Kantone und Tarifpartner sind hier alle gefragt, stehen aber auf verschiedenen Ebenen in der Verantwortung. Unterschiedliche Interessenlagen mögen zur Politik gehören; aber sie dürfen nicht zu lähmenden Blockaden führen, während gleichzeitig die Prämienzahlerinnen und -zahler von den finanziellen Lasten erdrückt werden. Ihre Interessen sind übergeordnet und müssen wieder klar in den Vordergrund rücken. Wo, wenn nicht ausgerechnet in der Gesundheitspolitik, muss Politik den Menschen dienen?

MARTIN LANDOLT
ist Nationalrat und war vor der Fusion von CVP und BDP zur Die Mitte Präsident der BDP. Seit 2022 präsidiert er den Verwaltungsrat des Krankenversicherungsverbands santésuisse.

JUGENDBAROMETER ___ Leistung ist nach wie vor wichtig, aber nicht nur. Gemäss dem Credit Suisse Jugendbarometer ist den Schweizer Jugendlichen soziale Anerkennung fast gleich bedeutsam wie die finanzielle. Die Befragung ergab auch, dass 60 Prozent der Jugendlichen finden, man sollte mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge übernehmen.

Mythos Meritokratie?

Foto: Mladen Balinovac / Getty Images

Egal, woher man kommt, welche Hautfarbe man hat, welches Geschlecht oder welchen sozialen Status: Wer sich genügend anstrengt und Leistung erbringt, erfährt Anerkennung und schafft es ganz nach oben. Das ist das Versprechen der modernen Leistungsgesellschaft, auch bekannt unter dem Begriff der Meritokratie. Das Leistungsprinzip, welches seinen Ursprung in der Aufklärung hat, war seit den 1980er-Jahren «en vogue». Die Idee, dass der finanzielle und soziale Status nicht mehr vererbt, sondern erarbeitet wird, hat lange Zeit grossen gesellschaftlichen Anklang gefunden.

In den letzten Jahren wurden jedoch vermehrt auch die Schattenseiten der modernen Leistungsgesellschaft diskutiert und der Hype rund um das Leistungsprinzip zunehmend entkräftet. Ist die Meritokratie tatsächlich ein Mythos? Und: Was halten Jugendliche heute von der Idee der Leistungsgesellschaft? Ist sie noch so angesagt wie 1980 oder längst nicht mehr erstrebenswert?

Von sozialer und finanzieller Anerkennung

Fragt man Jugendliche im Jahr 2022 danach, was sie höher gewichten, die finanzielle oder die soziale Anerkennung, so fällt die Tendenz ganz leicht in Richtung finanzielle Anerkennung aus. Für Schweizer Jugendliche ist die soziale Anerkennung jedoch mittlerweile fast gleich wichtig wie die finanzielle. Das ergibt das Credit Suisse Jugendbarometer, eine repräsentative Befragung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren in der Schweiz, den USA, Brasilien und Singapur.

Unter den befragten Ländern ist die finanzielle Anerkennung unter den Jugendlichen in Brasilien und den USA am deutlichsten noch wichtiger als die soziale Anerkennung. Jedoch liegen alle Länder relativ nahe am Mittelwert und gewichten die finanzielle Anerkennung nur leicht höher als die soziale.

Dass die soziale Anerkennung durch die Corona-Pandemie stärker ins Bewusstsein gerückt wurde, ist naheliegend. Beispielsweise hat die Pandemie für viele offengelegt, dass systemrelevante Berufe tendenziell schlecht bezahlt sind. Diejenigen, die in Pflege- und Gesundheitsberufen Bemerkenswertes geleistet haben, wurden mit Lob, Wertschätzung und Dankbarkeit überschüttet, jedoch nicht unbedingt monetär belohnt.

Eigenverantwortung bei Altersvorsorge

Junge Menschen sind zuversichtlich, dass im Rentenalter genügend Geld da sein wird, um ein komfortables Leben zu führen. Dieser Ansicht ist die Mehrheit der Jugendlichen in allen befragten Ländern. Am stärksten ist diese Zuversicht unter brasilianischen Jugendlichen (64 %), am geringsten unter jungen Schweizerinnen und Schweizern (54 %). Jedoch nimmt die Zuversicht für ein komfortables Leben im Rentenalter auch unter Schweizer Jugendlichen wieder tendenziell →

zu. Gut jede und jeder dritte Schweizer Jugendliche ist äusserst oder ziemlich zuversichtlich, im Jahr 2020 teilte nur jede oder jeder vierte Jugendliche diesen Optimismus.

Am meisten glauben Schweizer Jugendliche, dass sie im Alter auf persönliche Ersparnisse und Investitionen zurückgreifen müssen, gefolgt von der AHV. Das eigene Ersparte ist in allen befragten Ländern die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Für die eigene Altersvorsorge ist also jede und jeder selbst verantwortlich, was den Jugendlichen durchaus bewusst ist. In der Schweiz sind 60 Prozent der Jugendlichen der Ansicht, man sollte mehr oder viel mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge übernehmen. In den USA sind es gar 73 Prozent, in Singapur 82 Prozent und in Brasilien ganze 83 Prozent der Jugendlichen.

Sparen, wenn möglich, ist hoch im Kurs
Knapp 70 Prozent der Schweizer Jugendlichen kommen gut mit dem Geld zurecht, das ihnen zur Verfügung steht. Gäbe man Schweizer Jugendlichen 10 000 Franken bar auf die Hand, so würden sie gut einen Viertel davon aufs Sparkonto und weitere 1000 Franken für schwierige Zeiten auf die Seite legen **[vgl. Grafik ● 1]**. Auch fürs Eigenheim, die Familie oder die Altersvorsorge würden sie zusätzlich Geld sparen. Das Sparen steht bei Jugendlichen hoch im Kurs: Jede und jeder zweite Schweizer Jugendliche legt monatlich etwas Geld auf die Seite. Zusätzliche 22 Prozent können zumindest in manchen Monaten etwas ansparen.

Demgegenüber gibt erstmals eine Mehrheit der amerikanischen Jugendlichen an, mit dem monatlich im Haushalt zur Verfügung stehenden Geld eher nicht gut auszukommen. Die Bilanz am Monatsende ist bei ihnen denn auch am wenigsten gut. Nur jede und jeder dritte junge US-Amerikanerin und -Amerikaner kann jeden Monat sparen. Zusätzliche rund 25 Prozent können in manchen Monaten einen Teil des Verdienstes zur Seite legen.

Wohlstand als Mittel zum Zweck
Auf die Frage, was ihnen persönlich wichtiger ist, Wohlstand oder Freiheit, antwortet die Mehrheit der Jugendlichen in allen vier Ländern mit Freiheit. Am stärksten ist die Tendenz zu einer höheren Gewichtung der Freiheit unter Jugendlichen in den USA, am schwächsten unter jungen Menschen in Brasilien.

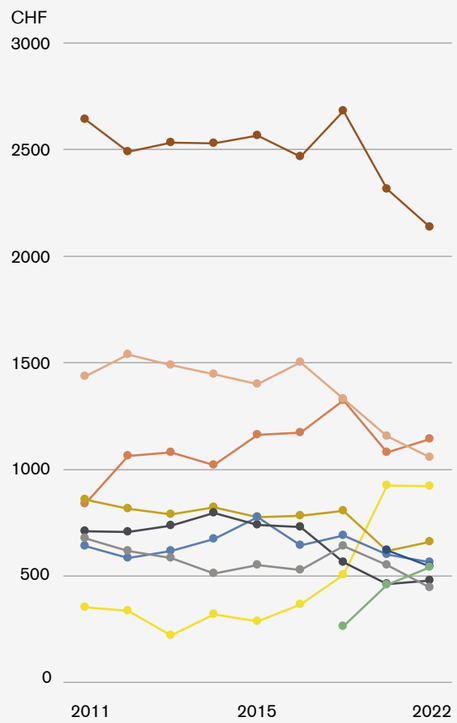
60 %

der Schweizer Jugendlichen finden, man sollte mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge übernehmen.

1 Wohin mit einem unerwarteten Zustupf?

SPAREN STATT KONSUM «Angenommen Sie erhalten 10 000 Franken geschenkt, wie würden Sie das Geld verteilen?»

● Sparen allgemein ● für schwierige Zeiten sparen ● für Ferien ausgeben ● in Aktien/Fonds investieren ● für Haus sparen ● für Familie sparen ● für die Altersvorsorge sparen ● in nachhaltige Anlagen investieren ● für Familie ausgeben ● für Auto ausgeben



Fragt man Schweizer Jugendliche nach ihren Zukunftsplänen, so nennen sie an erster Stelle «viele Ideen / Dinge ausprobieren» **[vgl. Grafik ● 2]**. Daneben ist es jungen Schweizerinnen und Schweizern wichtig, eine klare Lebensvorstellung zu haben. Alles Dinge, die auch bei Jugendlichen in den USA, Brasilien und Singapur zuoberst auf der Wunschliste für die eigene Zukunft stehen. Im Vergleich zu 2020 leicht abgenommen hat in der Schweiz der Wunsch zu arbeiten, um sich längere Auszeiten finanzieren zu können. Gleich wichtig geblieben ist Schweizer Jugendlichen, dass sie ein glückliches, das heisst gleich gutes Leben wie ihre Eltern führen können.

Karriere zu machen, steht nur an vierzehnter Stelle der genannten Zukunftspläne von jungen Schweizerinnen und Schweizern. Zum Vergleich: Bei jungen US-Amerikanerinnen und -Amerikanern steht die Karriere noch an vierter, bei Jugendlichen in Singapur an siebter und bei jungen Brasilianerinnen und Brasilianern an elfter Stelle. Jugendliche in der Schweiz streben im Leben nach Freiheit und Flexibilität. Finanziell gut abgesichert zu sein, ist ein Mittel zur Verwirklichung der eigenen Träume und Lebenspläne.

Politik für mehr Chancengleichheit
Auch wenn 77 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht sind, dass sie es mit harter Arbeit und vollem Einsatz im Leben zu etwas bringen können, ist man sich bewusst, dass dafür nicht alle die gleichen Startbedingungen aufweisen. Drei von vier jungen Schweizerinnen und Schweizern sind der Ansicht, die Politik sollte besser dafür sorgen, dass alle die gleichen Chancen haben im Leben. Junge Menschen in den USA, Brasilien und Singapur teilen diese Forderung nach mehr Chancengleichheit an die Politik.

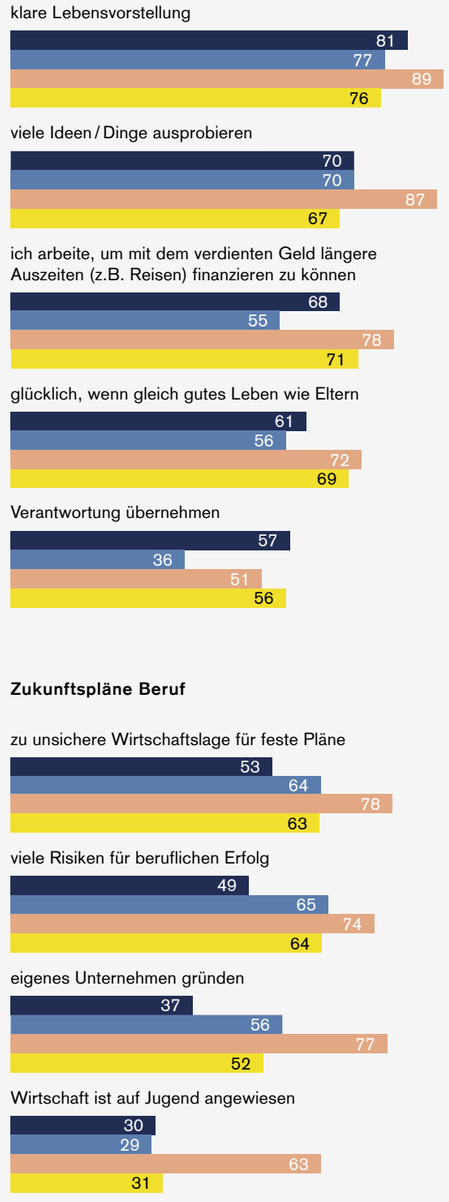
«Nach wie vor ist unter Jugendlichen in der Schweiz das Bewusstsein, dass jede und jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, tief verankert – besonders wenn es um die finanzielle Sicherheit im Alter oder den Traum vom Eigenheim geht. Die Meritokratie wird nicht mehr idealisiert, jedoch ist der Glaube an das Leistungsprinzip unter Jugendlichen immer noch intakt.

2 Zukunftspläne im Vergleich

FREIHEIT STATT KARRIERE «Wenn Sie an Ihre Pläne im Leben denken: Wie stark treffen die folgenden Aussagen auf Ihre Zukunftspläne zu?»

[trifft voll / eher zu, in %]

■ CH ■ USA ■ Brasilien ■ Singapur

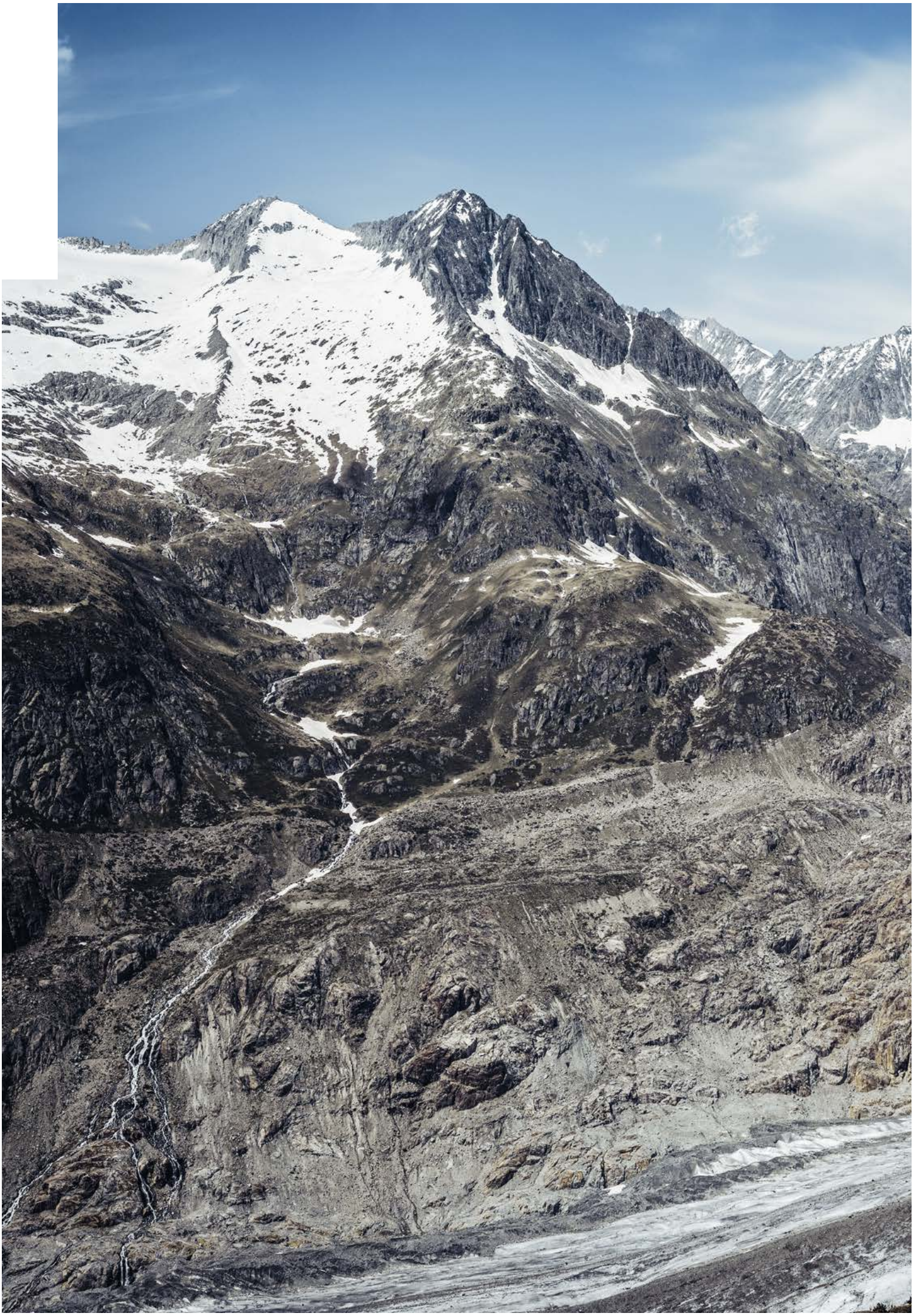


IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland;
PROJEKTVERANTWORTUNG Dr. Manuel Rybach (Leitung); Till Oehler (stv. Leitung); Florian Klemm, Andreas Brand, Lydia Toth (Mitarbeit);
IN ZUSAMMENARBEIT MIT gfs.bern, Cloé Jans, Lukas Golder, Adriana Pepe, Andreas Schiendorfer;
KONTAKT public.policy@credit-suisse.com;
KONZEPT UND GESTALTUNG Crafft AG;
TEXTPRODUKTION Andreas Schiendorfer;
DRUCKVORSTUFE UND DRUCK Vogt-Schild Druck AG;
AUFLAGE 900

Dieses Dokument wurde von der Credit Suisse (Schweiz) AG einzig zu Informationszwecken und zur Verwendung durch den Empfänger erstellt. Die darin geäusserten Meinungen sind diejenigen der Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. der externen Autoren zum Zeitpunkt der Redaktion und können sich jederzeit und ohne Mitteilung ändern. Hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit dieses Dokuments wird keine Gewähr gegeben, und es wird jede Haftung für Verluste abgelehnt, die sich aus dessen Verwendung ergeben können. Copyright ©2022 Credit Suisse Group AG und / oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

Die gesamten Umfragen und weitere Artikel stehen zum Download bereit auf:

Sorgenbarometer 2022
credit-suisse.com/sorgenbarometer

Als Grundlage diente das Credit Suisse Sorgenbarometer 2022, das repräsentativ die Schweizer Stimmbevölkerung (rund 1800 Personen) zu aktuellen Sorgen, aber auch zum Verhältnis der Schweiz mit der EU und Europa im Juli/August 2022 befragt hat.